# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 482. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 15. October 1878.


## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

### 12. Sitzung vom 14. October.

10 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Graf Stolberg, Graf zu Eulenburg, Hofmann, Friedberg, Abeken u. A.

Das Haus setzt die vorgestern unterbrochene Discussion über den § 6 des Socialistengesetzes fort, nach welchem sowohl einmal erscheinende, als auch periodische Druckschriften verboten werden können, sobald socialistische 2c. Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise in ihnen zu Tage treten.

Abg. Richter (Hagen): Der Reichskanzler hat auf die Bestimmungen gegen die Presse besonderen Werth gelegt, weil die Preßfreiheit seit 1874 die Ausbreitung der Socialdemokratie besonders gefördert habe. Die Statistik über die Preßverfolgungen seit 1874 zeigt aber, in welchen Beschränkungen Preßfreiheit stattfindet. Auch fällt die entscheidende Periode der Ausbreitung der Socialdemokratie gerade in die Zeit vor Aufhebung der Cautionspflicht und des Zeitungsstempels. Bereits 1874 wurden 340,000 socialistische Stimmen bei den Wahlen abgegeben. Trotz Aufhebung von Caution und Stempel hat in Folge der schlechten Geschäftslage der Zeitungsversand durch die Post seit 1874 nicht in dem Maße wie der Briefverkehr zugenommen. Man braucht allerdings weniger Capital, um eine Zeitung zu begründen. Aber in Folge der schärferen Concurrenz desto mehr, um sie auf einen lebensfähigen Standpunkt zu bringen. Wer dem seit 1865 in Berlin herausgegebenen socialistischen Blatt die ersten Mittel zugeführt hat, ist noch nicht völlig aufgeklärt. Waren weitere Kreise des Volkes seit 1874 den socialistischen Zeitungen zugänglicher, so war dies für die Zeitungen anderer Parteien nicht minder der Fall. Die politische Unschuld, welche sich blos von den Kreisblättern auf dem Lande nährt, fällt der Verführung jedes Demagogen, mag es nun ein Socialist oder wie in Ostpreußen ein Conservativer sein, am ersten zum Opfer.

Wie aus dem Preßgesetz, folgert der Kanzler auch aus anderen neueren Gesetzen mit Unrecht die Ausbreitung der Socialdemokratie. Dem Kanzler und den Socialisten sind überhaupt übertriebene Vorstellungen von der Macht der Gesetzgebung eigenthümlich. Von dieser gemeinschaftlichen Anschauung kommt man mitunter auch zu gemeinschaftlichen falschen Vorschlägen, wie zu den Productiv-Associationen mit Staatsunterstützung. Wir als staatserhaltende Partei suchen die übertriebenen, durch den Kanzler vielfach genährten Vorstellungen von der Macht der Staatsgesetzgebung im Volke auf ihr berechtigtes Maß zurückzuführen, damit die Unzufriedenheit über allerhand Mißstände vom Staat abzulenken und den Aenderungsdrang auf das private und gesellschaftliche Gebiet zu fruchttragender Thätigkeit anzuweisen. Wer aber einmal glaubt, daß der Staat alles machen könne, kommt leicht dazu, von einer gründlichen Umgestaltung der staatlichen Ordnung alles Heil zu erwarten. Indem der Reichskanzler alle Mißstände wesentlich auf Gesetze zurückführt, wird er an seinen eigenen Gesetzen irre, kommt in eine negative Richtung zu seiner eigenen Gesetzgebung, wie er denn ja für die Frühjahrs-Session allerlei Aenderungen vorbereitet. Nicht die Fortschrittspartei, sondern der Reichskanzler ist jetzt eine vorzugsweise negative Kraft. Wer so wie er hier bestehende Gesetze, Richtersprüche kritisirt, ja sogar Collegen, die noch neben ihm auf der Ministerbank sitzen, discreditirt, hat nicht das Recht, der Fortschrittspartei vorzuwerfen, daß ihre Kritik die Autorität der Behörden untergrabe. Im Gegentheil, ich glaube, wir sind eigentlich diejenige Partei, die jetzt am meisten bemüht ist, die bestehende Reichsgesetzgebung zu erhalten. (Sehr richtig! links.) Wir sind gewissermaßen die alte Bismarckpartei (Heiterkeit), welche die geltenden Gesetze gegen den umgewandelten Kanzler vertheidigt. Unser Programm, wie wir es in den letzten Tagen neu zu redigiren begonnen haben, spricht von Erhaltung des geltenden Wahlrechts, dreijährigen Legislaturperiode, Erhaltung der Gewerbefreiheit, Coalitionsfreiheit, Erhaltung der bestehenden Zollvereinspolitik. Derart sind wir also in der That in die Rolle einer erhaltenden oder conservativen Partei gedrängt und könnten überlegen, ob wir nicht wenigstens im Reichstag passender den Namen „altconservative Reichspartei" annehmen (Heiterkeit).

Ich wünschte, der Reichskanzler hätte uns das Zeugniß, daß wir nur negirten, vor den Wahlen ausgestellt. Bei denselben sind wir gerade umgekehrt von seinen Anhängern wegen unserer positiven Thätigkeit, der Zustimmung zu den von ihm vorgeschlagenen Gesetzen, welche die heutige Lage verschuldeten, vom Freizügigkeitsgesetz an bis zur Aufhebung der Eisenzölle angegriffen worden. Vom Reichskanzler suchte man uns dabei in der Weise zu trennen, daß man ihn gewissermaßen als politische Unschuld vom Lande darstellte, welche von den Liberalen, Männern wie Camphausen und Delbrück verführt, allerlei Gesetze gegeben habe, die er selbst nicht recht verstand. Gleichzeitig macht man uns die Vorwürfe einer Oppositionspartei und macht uns doch verantwortlich gleich der Regierung für die positive Lage des Landes. Das wird uns aber nicht abhalten, auch künftig alle guten Vorlagen des Reichskanzlers anzunehmen und gegen alle schlechten die Negative zu entfalten. — Der Kanzler meinte auch, daß der deutsche Volkscharakter die Ausbreitung der Socialdemokratie begünstige. Vor einigen Jahren wußte man noch diesen Volkscharakter nicht genug, namentlich den Franzosen gegenüber zu rühmen; heute ist es umgekehrt. Der Abg. Löwe setzt die deutschen Arbeiter hinter die französischen zurück, der Abg. Bamberger will uns erst durch dieses Gesetz den Stolz verschaffen, welchen andere Nationen schon besitzen. (Heiterkeit.) Der Kanzler rühmt die Zufriedenheit der Franzosen, welche mit dem fünfzigsten Jahre aufhören zu erwerben und das mäßig erworbene ihren Kindern — in der Regel sind es zwei (Heiterkeit) — hinterlassen. Vor Kurzem sollte das gerade den unausbleiblichen Verfall der Franzosen beweisen. Wir Deutsche müssen mehr Erwerbseifer haben. Natur und Klima haben uns nicht so günstig gestellt wie Frankreich. (Sehr richtig!) Frankreich hat keine Capitalverwüstung wie wir in dem dreißigjährigen Kriege ertragen. Ohne entsprechenden Ausgleich durch größere persönliche Arbeit würden wir uns auch politisch nicht auf der Höhe halten können, auf die wir wesentlich unter Mitwirkung des Reichskanzlers gekommen sind.

Die Leute, welche durchaus Millionäre werden wollen, wissen, daß sie dazu am wenigsten Aussicht haben gerade im socialdemokratischen Staate. Wer vom Arbeiter an bestrebt ist, sich durch eigene Tüchtigkeit vorwärts zu bringen, Unternehmer, Hausbesitzer, Capitalist zu werden — in Berlin ist dies Streben allerdings sehr lebhaft — wartet und wühlt nicht auf und für das Schlaraffenland der Socialdemokratie, wo die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Auch der Millionär Borsig war ein solcher kleiner unzufriedener Mann, dem die getadelte Freizügigkeit Berlin öffnete. Derartige Unzufriedene sind nicht Anhänger, sondern gerade die schärfsten Gegner der Socialdemokratie; gerade diese Leute werden von ihr verächtlich mit dem Namen Bourgeoisie bezeichnet. Ein solcher Bäcker — es braucht ja nicht immer ein Bäcker zu sein (Heiterkeit) — vergißt neben dem privaten Fortkommen auch nicht die öffentlichen Angelegenheiten. Er wird Armenvorsteher, Stadtverordneter, unbesoldetes Magistratsmitglied und steigt vielleicht als Ehrenbürger von Berlin in die Rangklasse des Reichskanzlers empor. Diese strebsamen Bürger, vielfach Kleinbürger, tragen in Berlin vornehmlich die Last des unbesoldeten Communaldienstes; sie und nicht die Pastoren und Geheimräthe sind der Wall gegen die Socialdemokratie. Freilich wer nicht mit Rittergütern auf die Welt kommt, sondern sich selbst emporarbeiten muß, empfindet auch Hindernisse und Schranken in der staatlichen Gesetzgebung am schärfsten (Sehr richtig!), zeigt einen großen Eifer, diese Schranken zu beseitigen und vertritt daher mit dem bürgerlichen auch den politischen Fortschritt. Einst erschien dem Kanzler die socialistische Partei als Vorfrucht geeignet, nach welcher der conservative Weizen gedeihen konnte. Lassalle war es damals, der jene in der Erregung des Klassenhasses liegende Hauptgefahr begründete, zuerst Muster in Brandreden und Brandschriften dafür gab, gegen welche alles jetzt von der socialistischen Agitation Geleistete nur Stümperei ist. (Sehr richtig!)

Während Lassalle wegen jener Brandreden von den Staatsanwälten und Gerichten im Namen des Königs verfolgt wurde, empfing ihn der höchste Beamte der Krone, der jetzige Reichskanzler, zu jenen vertraulichen, für ihn ehrenvollen Conferenzen, von denen der Kanzler uns berichtet. (Sehr wahr!) Dadurch mußte Lassalle allen Verfolgungen zum Trotz ermuthigt werden. Was ihn gleichwohl entmuthigte, das war die ihm gegenüber negative Thätigkeit der Fortschrittspartei, waren jene Vorträge von Schulze-Delitzsch in der Turnhalle, welche die Berliner Arbeiter von Lassalle abzogen. Erst als die Socialisten unter wohlwollender Neutralität der Polizei die Versammlungen anderer Parteien mit Gewalt sprengten und damit die Gewalt säeten, die sie in diesem Gesetz ernten (Sehr richtig), gewann die Socialdemokratie in Berlin Boden. Der Abg. Windthorst führt die Socialdemokratie auf den Culturkampf zurück. Aber gerade dort, wo der Culturkampf praktische Bedeutung hat und durch denselben die Parteien in Erregung und Thätigkeit gerathen, haben die Socialisten am wenigsten Boden gefunden, während umgekehrt politische Ruhe und Apathie ihre Agitationen erleichtert. Den vom Abg. Windthorst citirten Bischof Ketteler bezeichnete Lassalle in seinen Reden als mindestens einen ebenso guten Freund wie den Fürsten Bismarck. Allerdings haben manche katholische Vereinsbildungen am Rhein der Socialdemokratie positiv kräftig entgegengearbeitet. Die katholische Kirche hatte lange hierin einen Vorsprung, weil in den fünfziger Jahren der Vereinsthätigkeit auf anderer Seite — Herr v. Kleist-Retzow wird das wissen — von der Polizei große Schwierigkeiten bereitet wurden. (Sehr richtig!) Die Bedeutung von Religion und Glauben gegen die Socialdemokratie soll man auch nicht überschätzen. Ist doch der Abg. Hasselmann gerade im frommen Wupperthal gewählt. (Heiterkeit.)

Klassenhaß und religiöse Friedfertigkeit vertragen sich allerdings schlecht, obwohl es unseren Christlich-Socialen auch nicht sonderlich darauf ankommt, eine Portion Klassenhaß zu erregen. Aber unsere positiven Religionen stehen weder einer Aenderung der Staatsform noch der Wirthschaftsform mit ihren Vorschriften im Wege. Man betet für das Jenseits, aber arbeitet für das Diesseits. Der Glaube an das Jenseits entbindet nicht von dem Streben, das Diesseits möglichst vollkommen zu gestalten. Es kommt daher Alles schließlich auf die Erkenntniß an, ob die Socialdemokratie im Stande ist, das Diesseits zu verbessern; mithin ist das beste Mittel gegen die Socialdemokratie die Verbreitung der Erkenntniß, daß die erstere zu einer Verschlechterung unserer Zustände und zur Aufhebung unserer Cultur führen muß. Gute Schulen können in mancher Beziehung diese Erkenntniß vorbereiten. In der Diagnose der socialdemokratischen Krankheit unterscheiden wir uns vom Kanzler, von den Conservativen und dem Centrum, nicht aber von den Nationalliberalen; in der Schätzung des Umfanges der socialdemokratischen Gefahren unterscheiden wir uns von keiner Partei. Ob der Kanzler auch nach dem zweiten Attentat sich des Umfanges dieser Gefahr vollkommen bewußt war, weiß ich nicht. Die Volksmenge, welche damals vor dem Schloß sich versammelte, hatte das Gefühl, einer großen Familie anzugehören, die für das Leben eines theuren Angehörigen bangte. Auch die Berliner Presse, die Kreuzzeitung mit eingerechnet, ließ in der allgemeinen Trauer und Entrüstung Parteiunterschiede nicht erkennen. Nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schlug bereits am Tage nach dem Attentat mit den heftigsten Angriffen auf den Reichstag jenen Ton an, der von da an systematisch in der Regierungspresse gesteigert wurde (Sehr richtig! links), und der sich in Ostpreußen so weit steigerte, daß im Masurischen in den unteren Volksklassen die Abgeordneten Pannek und Hillmann nicht nur als Mitschuldige an dem Attentat, sondern auch als mit einem neuen Attentat umgehend bezeichnet wurden, sobald man sie nach Berlin wähle. (Hört!)

Die Wucht des Schlages, welchen die beiden Attentate zusammen gegen die Socialdemokratie selbst führten, ist gemildert worden durch den Kampf, in welchen die Maßregel der Reichstagsauflösung die antisocialistischen Parteien unter einander verwickelte. Der Heftigkeit dieses durch die Regierungspresse gesteigerten Kampfes, bei welchem die Socialdemokratie selbst immer mehr zurücktrat, ist es zuzuschreiben, daß auch nach dem Attentat noch neun Socialisten aus der Wahlurne hervorgingen. Wir unterscheiden uns nicht in der Schätzung des Umfangs der socialistischen Gefahr von anderen Parteien, desto mehr aber in dem Urtheil über dieses Gesetz als ein taugliches Mittel, die Socialdemokratie zu bekämpfen. Man weist auf die letzten Reden der socialistischen Abgeordneten hin. Aber man darf nicht zur Rechtfertigung Reden anführen, die schon unter dem Eindrucke des Zustandekommens dieses Gesetzes gehalten werden. Der Abg. v. Bennigsen sagte im Mai geradezu voraus, daß wenn die Socialdemokraten vom gemeinen Recht losgelöst würden, die Agitatoren erklären würden, das Gesetz auch nicht mehr respectiren zu brauchen. Diese Reden, außerhalb des Reichstags gehalten, würden schon nach der bestehenden Gesetzgebung ein Einschreiten der Staatsgewalt nach sich ziehen. Im Reichstag werden solche Reden künftig erst recht gehalten werden und gerade unter dem Gesetz nach unten wirksamer sein, während sie bisher der Socialdemokratie schadeten. Werden alle Klappen außerhalb geschlossen, so wird das einzige Ventil hier desto stärker und wirksamer zischen. Außerhalb werden diese Reden künftig erst recht, wenn auch nicht in der Oeffentlichkeit gehalten werden. Die in der Oeffentlichkeit zurückgedrängte Agitation wuchert, wie der Abg. v. Bennigsen richtig im Mai bemerkte, desto stärker im Geheimen. Das Maß der Agitationskraft, welches in diesem Gesetze und seiner Ausführung liegt, wird, so meinte der Abg. v. Bennigsen, wirksamer sein, als was den socialistischen Agitatoren im einzelnen durch das Gesetz entzogen wird. Der Abg. v. Bennigsen hat sein Urtheil über die Tauglichkeit des Gesetzes geändert, wir nicht.

Wir haben deshalb keine Eile mit einem derartigen Löschmittel, weil wir fürchten, dadurch mehr Oel als Wasser in das Feuer zu schütten. Die Antithese des Reichskanzlers, ob man die Regierung oder die Socialdemokraten mehr fürchte, ist nicht zutreffend. Wir halten die Socialdemokratie unter diesem Gesetz für gefährlicher, als ohne dasselbe. Wir sind niemals positiver gewesen, als indem wir die schwer errungene Rechtsgleichheit hier gegen eine Negation durch ein Ausnahmegesetz zu schützen trachten. Der Reichskanzler wird darum freilich nicht aufhören, uns als negative Partei zu bezeichnen. Was der Reichskanzler selbst will, ist für ihn immer das Positive, und was er nicht will, ist für ihn das Negative (Sehr wahr! Heiterkeit) und wenn er auch einmal nach kurzer Zeit das Gegentheil von dem will, was er früher gewollt, so bleibt er in seiner Auffassung doch immer der Positive, wenn auch andere Parteien darüber in die Negative kommen. (Heiterkeit.) Nun meint der Kanzler, daß wenn er in dieser Weise eine positive Partei fände, nach dieser Richtung der englische Parlamentarismus einfach und elegant hergestellt sei. In England aber giebt es Parteien mit bestimmten Grundsätzen. Die Führer derselben aber suchen als Minister deren Programm auszuführen: die Minister stehen ebenso unter der Leitung der Parteien, wie die Parteien unter der Leitung der Minister. Anders denkt sich der Reichskanzler die Sache. Er ist im Anfang und stellt sich seine Aufgaben individuell. Je nachdem er die Parteien zur Durchführung für taugliche Stützen erachtet, zieht er sie an oder stößt er sie ab. Seine Ziele modificirt er höchstens so weit, wie ein Minister sich von seinen vortragenden Räthen die Pläne modificiren läßt. Das ist kein englisches Muster, sondern die Verwirklichung eines Planes, den 1876 ein bekannter Landrath aus dem Posenschen als das praktische Ziel aller landräthlichen Beeinflussungen hinstellt. Für die sonstige freundliche Behandlung in der Rede des Reichskanzlers braucht die nationalliberale Partei, glaube ich, nicht überschwenglich dankbar zu sein. Wer derart, wie es hier der Fall, auf den Standpunkt der Regierung übertritt, zumal wenn er bei den Wahlen so schlecht behandelt ist — die Nationalliberalen sind ja schlechter behandelt worden als die Fortschrittspartei, oder ist es uns nur so vorgekommen, weil wir daran gewöhnt sind? (Heiterkeit.) — hat doch zum Mindesten auf freundliche Worte Anspruch.

Die Rede des Abg. von Bennigsen auf den Appell des Reichskanzlers lege ich vom liberalen Standpunkte aus günstiger aus, trotzdem ein auf die Rede folgender Leitartikel der „National-Zeitung" mehr dem Abg. Windthorst Recht giebt. Ein Wort aber spricht entschieden dagegen, daß der Abg. v. Bennigsen, wie der Abg. Windthorst meinte, eine Ministerrede halten wollte. Ich habe mir aus der Bennigsen'schen Rede das Wort Selbstständigkeit unterstrichen. (Heiterkeit.) Es werden ja heute leicht beim Reichskanzler Ministerposten vacant, aber das Wort Selbstständigkeit scheint mir beim Reichskanzler gerade zur Empfehlung für einen Ministerposten nicht sehr geeignet. (Heiterkeit.) Wenn ein Freier so heiß werbend auftritt wie der Reichskanzler, und die Braut spricht darauf von der Nothwendigkeit der Erhaltung ihrer Selbstständigkeit, so scheint mir die Verlobungsanzeige doch noch etwas verfrüht. (Große Heiterkeit.) Der Abg. v. Bennigsen sprach sodann von der vollen Gleichberechtigung conservativer und liberaler Elemente, welche von den Conservativen nicht anerkannt werde. In der Rede des Reichskanzlers kamen die Worte conservativ und liberal nicht vor. Für ihn waren die drei Parteien nur drei Regimenter, die sich durch schwarzes und weißes Lederzeug unterscheiden. Unter liberalen Elementen versteht man sonst wohl auch nicht blos die Nationalliberalen, sondern auch noch andere Gruppen und vielleicht auch die Fortschrittspartei. Ich weiß nicht, ob diese Auffassung der Bennigsen'schen Rede vom liberalen Standpunkte aus zu optimistisch ist, jedenfalls wird uns die politische Entwickelung über die Stellung der Parteien zu einander und zum Reichskanzler bald die erwünschte Klarheit bringen. Dies Socialistengesetz ist in meinen Augen nur ein Vorspiel. (Sehr gut!) Die eigentliche politische Entscheidung wird in die nächste Frühjahrssession fallen. Wir machen mit Bedauern allerdings wieder die Erfahrung, auf einem Boden, der uns zuerst mit allen liberalen Parteien gemeinsam war, zuletzt allein im Kampf zu stehen, aber die eigentliche politische Entscheidung wird wieder, wie in der vorigen Session, an der Geldfrage getroffen werden. Die Auflösung des Reichstages zielte ja weit über das Socialistengesetz hinaus und ebenso der neuliche Appell des Reichskanzlers für die Bildung einer Regierungsmajorität, welche für das Socialistengesetz allein nicht mehr erstrebt zu werden brauchte. Gegenüber dem bekannten Steuerplan des Reichskanzlers, welcher darauf ausgeht, das Volk erheblich mehr mit Steuern zu belasten und das Geldbewilligungsrecht des Reichstags mattzusetzen, wird es sich zeigen, auch für Jeden, dem die Grenze heute noch nicht völlig klar ist, was liberal und was conservativ ist. Jedermann wird sich nach der einen oder andern Seite hin entscheiden müssen. Hoffen wir, daß diese Situation alle liberalen Elemente einig und gerüstet findet. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Kleist-Retzow tritt zunächst denen entgegen, die dem Christenthum die schützende Kraft gegen die Gefahren der Socialdemokratie absprechen, ferner der Auffassung des Abg. Richter vom Staat, der zwar nicht Alles sein kann, aber nicht nullificirt werden darf. Dieses Gesetz ist nicht gegen den vierten Stand gerichtet, es will ihn vielmehr von seinen Drängern und Tyrannen befreien. Es will die Meinungsfreiheit sichern gegen ihre gefährlichsten Feinde, es ist aber nicht gemacht gegen die Meinungsfreiheit. Unser Antrag zu dem zweiten Absatz des sechsten Paragraphen ist von der größten Bedeutung. Es handelt sich darum: soll der gegenwärtige Zustand der socialdemokratischen Presse, der ja allgemein bekannt ist, genügen zu der Anwendung dieses Gesetzes oder bedarf es zu diesem Zwecke noch neuer Ausschreitungen nach Maßgabe des § 1. Das wichtigste, furchtbarste Agitationsmittel der Socialdemokratie ist die Presse mit ihren etwa fünfzig Organen. Die Vereine und Versammlungen sind nur vorübergehende Schauspiele, durch die Presse wird das socialdemokratische Gift nachhaltend in das Blut der Bevölkerung gebracht. Diese Presse hat bisher den Bedingungen des § 6 entsprochen, sie ist die Fackel, mit welcher das Pulverfaß in Brand gesteckt werden soll. Nach der Rede des Abg. Hasselmann hat der Abg. Windthorst zugegeben, daß da freilich der Spaß aufhöre; aber wer sich mit diesen Dingen etwas beschäftigt hat, weiß, daß die Socialdemokraten vielfach derartiges in ihrer Presse sagen. Es war ja auch nicht Zweck des Abg. Hasselmann, uns hier zum Aufruhr zu reizen, sondern er wollte nur seine Rede hinausschleudern in die Presse, um das Land aufzureizen zu etwaigem Aufruhr. Ich würde nicht Schulter an Schulter mit dem Abg. Windthorst gegen die Socialdemokraten kämpfen; da wären mir unsere Garderegimenter lieber. (Heiterkeit.) Das Charakteristikum unserer Zeit ist das Drängen zur confessionslosen Schule. Was die Kinder in dieser Schule gelernt haben, daran halten die Männer fest und lassen sich nicht leicht eines Besseren belehren. Oder glauben Sie, daß die socialdemokratische Presse nicht schon eine furchtbare Wirkung ausgeübt hat auf die Schule?

Ich werde meine neuliche Behauptung beweisen, daß das Treiben der socialdemokratischen Agitatoren in der That sich als Vorbereitung zum Hochverrath charakterisirt. (Redner verliest aus socialdemokratischen Broschüren und Zeitungen u. A. den Satz: „Jesus von Nazareth ist todt; es lebe Lassalle", sowie folgenden Vers: „Schlaf, mein Kind, schlaf leis, da draußen geht der Preuß'; deinen Bruder hat er umgebracht, deine Schwester hat er zur H... gemacht, deinen Vater trieb er in fremdes Land, das Haus, das hat er uns niedergebrannt. Schlaf mein Kind 2c.") Als ein Pastor in der Schule den Kindern vortrug, daß Gott die Obrigkeit eingesetzt habe, grinste ihn ein Knabe von 11 Jahren an und erklärte auf Befragen: „Gott ist ja gar nicht da; das stehe im „Vorwärts", den er seinem Vater vorlesen müsse, weil dieser nicht lesen könne." Was hilft dem Staate die Schule, wenn ihm nicht die Mittel gegeben werden, sich zu schützen vor solcher Schule. Gerade um der Presse willen ist dieses Gesetz gemacht und es wäre unwirksam, wenn unser Antrag zu diesem Paragraphen nicht angenommen würde. Wollte man auf neue Ausschreitungen der socialdemokratischen Presse warten, so wäre das ebenso, als ob ein Vormundschaftsrichter, der einen Knaben in die Besserungsanstalt schicken soll, sagte: „Die bisherigen Streiche reichen noch nicht aus, er muß noch einige Holzdiebstähle oder Baumfrevel begehen." (Heiterkeit.) Gute, reformatorische Gedanken sollen keineswegs abgeschnitten werden. Dadurch, daß wir die Bestimmung „auf Umsturz gerichtete Bestrebungen" in die Definition aufnahmen, haben wir dasjenige, was durch das Gesetz getroffen werden soll, genau charakterisirt; deutlicher kann man sich nicht ausdrücken. Als Kern der Argumentation des Abg. Windthorst können die Worte gelten; er wolle dieser Regierung nicht diese Waffe geben. Wie die liberale Partei früher sagte: Dieser Regierung keinen Groschen, so sagt er: Dieser Regierung keinen Paragraphen. Die Kathedersocialisten, die keinen Umsturz wollen, die Führer der christlich-socialen Partei, welche die höchste Anerkennung verdienen und die hineinsteigen in die Massen des Volkes, um sie zur Liebe des Vaterlandes und der Ordnung zurückzuführen, diese werden durch das Gesetz nicht getroffen werden.

Der Abg. Bamberger hat geglaubt, daß das Gesetz zur Bekehrung der Socialdemokraten beitragen würde, das ist ein Köhlerglauben, die Socialdemokraten proclamiren in ihren Zeitungen, daß sie die Zeit, während welcher das Gesetz gilt, als eine Zeit der Ruhe betrachten, nach welcher sie neu gestärkt wieder ans Werk gehen könnten. An eine Umkehr ist nicht zu denken. Man will keine Ausnahmsgesetze, und wenn man sich schon zu solchen entschließt, so will man sie in mildester Form, wie nach den Commissionsbeschlüssen. Wir haben aber schon Ausnahmegesetze, wie den Kanzelparagraphen, und das Gesetz, durch das Geistliche expatriirt werden können, aber das gilt der schwarzen Internationale; die Ausnahmsgesetze zu Gunsten der Bank und Börse, die gelten der goldenen Internationale. Aber die Interessen, welche wir hier vertreten, halte ich für die wichtigsten. Die Regierungen haben die Pflicht, Alles aufzubieten, um den Culturkampf aus der Welt zu schaffen, das Volk davor zu bewahren, daß es verliere zwischen dem Hammer der Staatsgewalt und dem Amboß der Kirche. Ich erkenne schmerzlich die gefährlichen und üblen Folgen, welche der Culturkampf der evangelischen Kirche gebracht hat. Aber, meine Herren vom Centrum, wenn das geändert werden soll, so müssen Sie die Auffassung gewinnen, daß das Reich Gottes aus Abtheilungen besteht, und daß Sie doch nur eine Abtheilung bilden, neben welcher gleichzeitig andere Interessen bestehen; Sie müssen ferner zugestehen, daß die bürgerliche Obrigkeit einen selbstständigen Beruf hat, den sie zu verfolgen hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln und zu schützen gegen ihre Feinde. Ich weiß, welcher Mißbrauch mit dem Worte Feind getrieben worden ist. Zur Zeit der römischen Kaiser war jeder Christ ein Feind. (Windthorst: Gerade so wie heute!) Jetzt handelt es sich aber um einen Kampf gegen die Feinde jeder Regierung.

Wenn Sie hier nicht der Staatsregierung alle Mittel gewähren, so entziehen Sie sich selbst der Mitarbeiterschaft an den gesetzgeberischen Geschäften und schädigen Ihr eigenstes Interesse am schwersten. Die Kirche muß vor Allem solche Schäden des Volkslebens heilen, aber sie allein kann es nicht. Beide Gewalten, Staat und Kirche, sind eingesetzt, um gemeinsam Hand in Hand zu arbeiten; es wird Ihnen schwer, das anzuerkennen, aber Sie müssen es. Sehnlich erwünsche ich die Zeit, in welcher es uns gelingen wird, die zahlreichen, conservativen Elemente unter Ihnen (im Centrum) an uns heranzuziehen; wir werden uns freuen, mit Ihnen Hand in Hand zu gehen. Wir hoffen, daß es geschehen kann bei der weiteren Entwickelung

**der Gewerbegesetzgebung, vielleicht bei den Wuchergesetzen, vielleicht bei Veränderung der Gesetze über die obligatorische Civilehe. Deshalb bitten wir Sie, stimmen Sie mit uns für diesen § 6!**

Abg. **Windthorst** äußert den lebhaften Wunsch, daß der Vorredner sich bereits in der ersten Lesung so ausgesprochen haben möchte, wie heute. Das würde wesentlich zur Klärung der Situation beigetragen haben. Die Stellung seiner Partei zu diesem Gesetze sei öffentlich und insgeheim, in der Presse und auf diplomatischem Wege in unglaublicher Weise verdächtigt worden. In der neulich vom Abg. v. Franckenstein abgegebenen Erklärung habe das Centrum deutlich und klar die Grundlagen seiner Politik gezeichnet; sie sei durch und durch in jeder Beziehung conservativ. (Widerspruch rechts.) Die Herren, welche sich „conservativ" nennten, hätten gar keinen Begriff von dem Sinn dieses Wortes. Conservativ sein heiße die gegebenen Institutionen in Kirche und Staat conserviren, es sei aber nicht gleichbedeutend mit omnipotenter Regierung und schrankenloser Polizeiwillkür. Seine Partei habe erklärt, daß sie mit der Regierung die Verderblichkeit der socialdemokratischen Agitation anerkenne, ohne deshalb zu bestreiten, daß dieselbe auch manches Erreichbare und Wünschenswerthe anstrebe, allein er und seine Freunde hätten kein Vertrauen zu der jetzigen Regierung, die einen ernsthaften Versuch zur Beendigung des unglückseligen Culturkampfs nicht machen zu wollen scheine.

Es wurden wohl hier oder da angenehme Worte geäußert, diese oder jene Conversation werde eingeleitet, allein das heiße nicht Ernst machen; wolle man Letzteres überhaupt, so würde man nicht alle etwaigen Schritte in ein so geheimnißvolles Dunkel hüllen. Ernst sei es wohl mit den Versuchen, die unbequeme Centrumspartei zu beseitigen, sie mit sich selbst und den Wählern in Zerwürfnisse zu bringen, aber nicht Ernst mit einem wirklichen Friedensschlusse in kirchenpolitischen Dingen. Wenn zwei Armeen Waffenstillstand schlössen, so pflegten sie doch gewöhnlich Gewehr bei Fuß zu nehmen, allein gegen die katholische Kirche spielten unaufhörlich nach wie vor alle Batterien der Maigesetze mit vollen Ladungen. Es sei anzuerkennen, daß der Vorredner die Nothwendigkeit erkenne, mit dem kirchlichen Conflicte ein Ende zu machen: sei dies erst einmal geschehen, so werde sich ja das Weitere finden. (Heiterkeit.) Freilich auch um diesen Preis werde das Centrum niemals die gemeine Freiheit preisgeben; wenn diese Partei etwas im Verlaufe des Culturkampfes gelernt habe, so sei es die Thatsache, daß nur die gemeine Freiheit auf die Dauer den kirchlichen Frieden schützen könne. (Sehr richtig!) Es sei vollkommen falsch, wenn man ihm und seinen Freunden vorwürfe, daß sie der Socialdemokratie nichts anhaben wollten; er persönlich habe schon im Mai erklärt, daß das Centrum zu scharfen Maßregeln bereit sei, aber sie wollten unter keinen Umständen die polizeiliche Willkür ohne Schranken. Die Conservativen möchten doch ja recht vorsichtig sein; vorläufig hätten sie gar keine Bürgschaft für ein conservatives Regiment. Seit zehn Jahren seien auflösende Tendenzen am Ruder; man habe neulich doch wohl nicht den überaus bedeutsamen Satz in der Rede Bennigsen's überhört, er habe dem Reichskanzler niemals reactionäre Neigungen zugetraut; dieser Satz sei wohl der Grund gewesen, daß Fürst Bismarck auf Bennigsen's Rede nicht geantwortet habe. In Deutschland würden nicht eher gesunde Zustände entstehen, als bis der leitende Staatsmann in Staat und Kirche reactionär geworden (aha), d. h. bis er das Recht zur Basis der Regierungspolitik macht. (Heiterkeit.)

Die Conservativen sollten auf ihre größere Zahl nur ja nicht zu stolz werden. Wenn die Landräthe den Befehl erhalten, die Nationalliberalen nicht mehr an die Wand zu drücken; verschwinden die Conservativen sofort hinter der Wand. (Heiterkeit.) Was den § 6 anlange, so sei der Zusatz der Commission nicht nur durchaus gerechtfertigt, sondern unerläßlich. Er wolle den Blättern, die falsche Wege wandeln, die Möglichkeit eröffnen, in sich zu gehen und besseren Lehren Gehör zu geben. Das sei ein reformatorischer Gedanke, während der Wortlaut der Regierungsvorlage sie eben nur einfach todtschlagen will. Einige Rücksicht hätte man in dem Wortlaute der Commission wohl auf die wissenschaftliche Literatur nehmen können; wären doch auch unter der Herrschaft des Bundestages Schriften über 20 Bogen censurfrei gewesen. Redner hat die Verhandlungen des Bundestages darüber zur Hand und ist überzeugt, daß sie Herrn v. Bennigsen und seinen Verbündeten heute zu liberal sein würden. Er werde deshalb für den Zusatz der Commission stimmen, aber selbst wenn derselbe angenommen würde, bleibe der § 6 noch so schlecht, daß er gegen ihn stimmen müsse; denn mit ihm sei jede Preßfreiheit unvereinbar und nicht die geringste Bürgschaft gegeben, daß sich seine Handhabung auf socialdemokratische Druckschriften beschränken werde.

Bundesbevollmächtigter Graf zu **Eulenburg**: So groß die Versuchung auch sein mag, so versage ich es mir doch, auf die allgemeinen politischen Gesichtspunkte einzugehen, welche der Vorredner berührt hat. Nur auf eins will ich eingehen. Der Abg. Windthorst hat bezweifelt, daß der § 6 auf socialdemokratische Schriften allein beschränkt bleiben werde; er hat gesagt, daß das Gesetz der Polizeiwillkür Thor und Thür öffne. Ich will nur mit den Worten darauf erwidern, die der Abgeordnete v. Kleist-Retzow gebraucht hat: Haben die Worte der deutschen Sprache überhaupt noch einen Sinn, dann ist es unmöglich, diesen Paragraphen auf andere als auf die in demselben charakterisirten socialdemokratischen Schriften anzuwenden. Ich ersuche Sie zunächst, im Einklange mit den Beschlüssen zu § 1 die Worte „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen" einzufügen; dann bitte ich Sie, die von der Commission zugefügten Worte: „sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt" zu streichen. Diese Worte erreichen den Zweck, der damit von dem betreffenden Antragsteller beabsichtigt ist, nicht, hindern aber wesentlich die Wirksamkeit des Gesetzes. Gegen den zweiten Absatz des § 6 der Regierungsvorlage ist zunächst in's Feld geführt worden, daß er dem Gesetze rückwirkende Kraft gebe. Dieser Einwand zerfällt in sich; denn es handelt sich nicht um ein Strafgesetz, sondern um ein prohibitives Verwaltungsgesetz, welches seiner Natur nach rückwirkende Kraft hat. Wenn diese Frage hier in Betracht käme, würde man viel weiter gehen, als man mit dem Zusatze gegangen ist. Es ist nicht die Absicht des Gesetzes und auch nicht die Ihrige, auf Grund eines zufällig in einer einzigen Nummer enthaltenen Artikels das Verbot einer ganzen Zeitschrift auszusprechen. Es kommt eben auf den Zusammenhang an. Wenn dieser in Anwendung gebracht wird, so tritt von selbst rückwirkende Kraft ein; denn wenn nach Erlaß des Gesetzes ein Artikel erscheint, der die bezeichneten Tendenzen vertritt, in einem Blatte, welches schon vorher solche Tendenzen vertrat, so ist eben das in der Vergangenheit Geschehene das Entscheidende.

Den andern Zweck, der angeblich mit diesem Zusatze befolgt wird, erreichen wir mit demselben in keiner Weise. Sie stellen die Möglichkeit auf, daß nach dem Erlaß des Gesetzes der Versuch gemacht werden könnte, sich den Folgen des Gesetzes durch eine Aenderung zu entziehen. Es ist wohl möglich, daß ein solcher Versuch gemacht wird, aber nicht etwa in dem Sinne, daß die Zeitschriften die Tendenz ändern, sondern nur in dem Sinne, daß man mit der größten Kunst versuchen wird, diese Tendenzen zu verhüllen und die Anwendung des Gesetzes zu vereiteln. Deshalb ist aber eine Bestimmung wie die der Regierungsvorlage nothwendig und deshalb bitte ich Sie, beeinträchtigen Sie die Wirksamkeit des Gesetzes nicht durch die Annahme eines solchen Zusatzes. Denn bei dem Erlaß des Gesetzes handelt es sich um einen Ausspruch der gesetzgebenden Factoren, daß ein Ende gemacht werden solle mit den gemeingefährlichen socialen Bestrebungen. Diesem Verlangen wird entsprochen, wenn wir mit dieser verderblichen Literatur mit einmal ein Ende machen können, nicht aber, wenn wir Wochen und Monate lang Versteckens mit derselben spielen, ob es ihnen gelingen wird, ihre Tendenzen zu verhüllen. Setzen Sie das Gesetz nicht solchen Chancen aus, sondern lehnen Sie den Zusatz ab.

Abg. **Lasker**: Der Abg. Windthorst hat diesem Paragraphen den Vorwurf gemacht, daß er nicht genügend deutlich im Ausdruck sei, daß man sich darunter Manches denken könne. Es giebt überhaupt keine bestimmt klarstellende Sprache mehr, wenn nicht die Definition des § 6 diese Eigenschaft zeigt. In der Commission haben mehrere grundsätzliche Gesetze und darunter insbesondere auch der Abg. Reichensperger anerkannt, daß die von der Commission gewählte Definition ganz genügende Kriterien für die darunter fallenden Delicte aufweise und er hat dieses sein Zugeständniß erst modificirt, als ihm durch die Discussion der Sinn der einzelnen Worte verdunkelt schien. Das können aber widerwillige Kritiker stets bewirken. Ebenso falsch ist der Vorwurf, daß die Wissenschaft in diesem Paragraphen nicht genügend geschützt sei. Das vom Abg. Windthorst empfohlene Kriterium, Werke über zwanzig Bogen auszunehmen, ist ein längst veraltetes. Heute kann auch ein kürzeres Buch sehr wissenschaftlich ein dickeres sehr demagogisch sein. Das Kriterium des Umfanges von zwanzig Bogen ist auch nicht in der Wissenschaftlichkeit, sondern in den großen Unkosten derselben, welche die Annahme begründeten, der Herausgeber werde sich deshalb nicht so leicht durch einen strafbaren Inhalt der Confiscation aussetzen. Hätten wir aber auch das Wort „Wissenschaft" in die Paragraphen aufgenommen, so würde auch dieser Ausdruck als zu unbestimmt getadelt worden sein. Es ist das bessere Merkmal angenommen worden, ob die Schrift den öffentlichen Frieden gefährdet, weil nämlich angenommen wird, es sei dies der Begriff der Wissenschaft, daß sie nicht in Frieden gefährdender Weise wirkt. Wenn also gegen dieses Gesetz weiter nichts einzuwenden wäre als die Definition, **so meine ich, selbst bis in das Lager der Socialdemokraten hinein hätte anerkannt werden müssen, daß der § 6 nur etwas ausspricht, was werth ist, unterdrückt zu werden.**

Was aber den zweiten Absatz betrifft, so bitte ich Sie dringend, ihn aufrecht zu erhalten, weil, wenn Sie denselben entfernen, Sie keineswegs das gewähren würden, was die Regierung in diesem Gesetze haben will. Sie würden dann nur die Möglichkeit einer willkürlichen und falschen Handhabung des Gesetzes darbieten. Denn ich will dem Herrn Minister für Preußen nachweisen, daß ohne Zwang, selbst wenn diese Worte entfernt werden, nicht das mit dem Gesetze gemacht werden kann, was er damit machen will. Es giebt zwei Methoden, die Socialdemokraten unterdrücken zu wollen; die eine, sie in allen ihren Erscheinungsformen, Personen, Agitationen und Vereinen zurückzudrängen, die andere, welche es der Socialdemokratie nicht verwehrt, ihre Ansichten geltend zu machen, ihr aber abzuschneiden, daß sie eine Methode verfolge, welche den Staat selbst in Gefahr bringt. Diese zweite Methode hat der Regierungsentwurf selbst sich zu Grunde gelegt. Die Regierung hat erklärt, daß sie nicht den Kampf gegen Personen wolle, sondern daß sie bezwecke, die Kreise, welche sich jetzt von der Gemeinsamkeit des Staates abgewendet haben, wieder in das Staatsleben hineinzuführen. Hierbei wollen wir die Regierung beim Worte nehmen, daß dies nicht blos ein allgemeines Bekenntniß in Worten ist, sondern in Wahrheit auch darnach gehandelt werde. Der Herr Minister für Preußen würde gern die eine Methode annehmen, die socialdemokratischen Blätter sofort nach dem Erscheinen dieses Gesetzes mit einem Erlaß zu unterdrücken wegen der Tendenz, die sie bisher befolgt haben. Das ist aber gerade das, was wir nicht wollen und welches im strictesten Gegensatz zu dem steht, was die Regierung selbst in ihren Motiven bekennt. Wir wollen deshalb, daß der Zweideutigkeit, die etwa bestehen bleiben könnte, ein Ende gemacht werde.

Ich bitte aber, dieses nicht auf Gelehrtenkreise und auf die theoretische Frage zurückzuführen, ob dieses Gesetz rückwirkende Kraft habe oder nicht. Denn das ist von der Mehrheit der Commission nicht bestritten worden, daß dieses Gesetz überall, wo es in der Sache gegründet ist, rückwirkende Kraft haben muß; wenn beispielsweise Bücher, welche bereits erschienen sind, als unter dieses Gesetz fallend befunden werden, so kann deren fernere Vertreibung verboten werden, und man kann sich nicht darauf berufen, daß dieses Gesetz nicht rückwirkende Kraft haben könne. Hier handelt es sich aber gar nicht darum, sondern um das, was in Zukunft entstehen wird. Nicht auf den Namen „Vorwärts" oder „Neue Freie Presse" kommt es an — Name ist Schall und Rauch und erschreckt allenfalls Kinder — sondern auf das, was das Blatt thut und schreibt. Wenn nun der Redacteur eines socialdemokratischen Blattes, dessen bisherige Tendenz unter § 6 subsumirt werden könnte, erklärt, daß er in Zukunft Frieden halten werde, so braucht ihm das Keiner zu glauben, und es ist sehr wohl möglich, daß schon in den nächsten Tagen die alte Tendenz sich fortwirkend zeigte, und zwar in aller Oeffentlichkeit. Aber sowie sich dieses Blatt auch nur in einer Nummer derjenigen Agitation schuldig macht, welche § 6 bezeichnet, so ist es gestattet, gegen dieses Blatt den § 6 in Anwendung zu bringen. Wenn es dagegen einem solchen Blatt gelänge, die bisherige Tendenz, welche § 6 verbietet, fernzuhalten und in solcher Gestalt zu erscheinen, die dem vorliegenden Gesetz conform ist, wenn also der Inhalt eines solchen Blattes keine Veranlassung zu einer Unterdrückung giebt, was bleibt dann übrig, als in einer solchen Unterdrückung ein Rückwärtsblicken, eine Art von Rache- und Vergeltungsgefühl zu erblicken? Dann würden wir eben den Personen nicht gestatten, ihre Wirksamkeit so einzurichten, wie sie dieses Gesetz erfordert. Wenn auch der Schlußabsatz weggefallen wäre, dann würde schon der Absatz 1 des § 6 es darthun, daß es die Absicht des Gesetzgebers ist, die Erzeugnisse der Presse nur dann zu unterdrücken, wenn sie wirklich die früher zu Tage getretene Tendenz haben. Aber nach der Erklärung des preußischen Ministers des Innern würde ohne diesen Absatz eine beklagenswerthe Zweideutigkeit eintreten.

Durch Aufrechterhaltung dieses Satzes drücken wir aus, daß es uns ernst ist, den socialen Frieden zu suchen und zwar, indem wir hier gesetzlich bestimmen, daß, wer von heute an diesem Gesetze conform handelt, durch dasselbe nicht gehindert werden soll, wegen seiner Vergangenheit, seine Thätigkeit auszuüben. Deshalb ist dieser Absatz 2 der entscheidende Punkt über die Tendenz des Gesetzes. Ich bin aber überzeugt, wenn der § 6 so beschlossen wird, wie er hier vorgeschlagen worden ist, dann giebt diese Vorschrift keinen Anlaß zur Klage, daß irgend einem Theil der Bevölkerung materiell Unrecht geschieht, so vorsichtig ist gerade hier der Wortlaut gefaßt, aber auch nur dann, wenn ausgesprochen wird: es wird von jedem Bürger in Zukunft gefordert, die Friedensstörung zu vermeiden, es soll ihm aber deshalb keine Unbill zugefügt werden, weil er vor dem Erlaß dieses Gesetzes anders gehandelt hat, als er jetzt handeln soll.

Bundesbevollmächtigter Graf zu **Eulenburg**: Der Abg. Lasker hat Ihnen die Möglichkeit construirt — und darauf beruht im Wesentlichen seine Argumentation —, daß die Annahme nicht ausgeschlossen sei, daß eine Zeitschrift, die bisher socialdemokratischen Bestrebungen huldigte, demnächst eine andere Richtung einschlage. Es ist gut gethan, Gesetzesbestimmungen auf so unwahrscheinliche Fälle hin zu construiren. Die Verfolgung der socialdemokratischen Bestrebungen ist auf einem anderen, als dem im Gesetze vorgeschlagenen Wege nicht möglich, deshalb ist es nothwendig, diejenigen Organe, welche den Bestrebungen bisher huldigten, gleich zu verbieten. Wenn Sie nun sagen, es solle doch einer Person nicht verwehrt sein, anderen Sinnes zu werden und diese Aenderung zu bethätigen — nun, wenn in der That die Führer Liebknecht, Most 2c. in Wirklichkeit auf friedlichem Wege ihre Tendenzen verfolgen wollen, warum bedürfen sie denn dieser selben alten Organe? Es wird ein viel sichereres und deutlicheres Kennzeichen ihrer Gesinnungsänderung sein, wenn sie andere Organe dafür gründen; dem steht nichts entgegen. Ich bitte Sie also nochmals dringend, die Wirksamkeit des Gesetzes nicht durch die Annahme des von der Commission vorgeschlagenen Zusatzes zu beeinträchtigen.

Abg. **Stellter** (Königsberg, deutsche Reichspartei): Ich glaube, meine Herren, daß durch viele Parteien hier im Hause die Stellung, welche das Gesetz hat, ganz verschoben ist. Wir ergreifen hier nicht, wie uns gesagt worden ist, das Kriegsbanner, wir machen kein Kriegsgesetz, sondern wir geben der Regierung ein Gesetz der Vertheidigung in die Hand, damit es die Rechte, die jeder Deutsche hat, aufrecht erhalte und diese verfassungsmäßigen Rechte der Socialdemokratie gegenüber schütze. Darum halten wir es für nothwendig, die Vollmacht der Regierung auch dahin auszudehnen, daß der letzte Absatz des § 6 gestrichen werde. Ein Rückblick auf die Erzeugnisse der Presse zwingt dazu, scharf gegen sie aufzutreten. Herr Lasker sagt mit Recht, der öffentlichen Erklärung, den öffentlichen Blättern gegenüber ist der Kampf leicht. Aber die socialdemokratische Presse ist niemals offen und wahr zu Werke gegangen, sie hat ebenso, wie ihre Lehre und ihre Vereine, ihre Ziele verdunkelt. Die Abgg. v. Bennigsen und Löwe haben uns hier diese Ziele enthüllt und die Herren Hasselmann und Bracke den Vorhang noch weiter gelüftet, indem sie auf die Schrift von Schäffle verwiesen, alles Capital und Grundeigenthum für die Gesammtheit in Anspruch nahmen und eine vollständige Revolution in Staat und Gesellschaft verlangten. Der Presse, welche dieses Werk der Zerstörung predigt, muß entgegengetreten werden. Die Ausführung dieser Theorien ist bereits versucht und ihre Unmöglichkeit bewiesen worden. Auf diesen Grundsätzen beruhte der Jesuitenstaat in Südamerika, den die spanische Regierung mit Waffengewalt zerstören mußte, um die Autorität des Gesetzes aufrecht zu erhalten. Die Cultur hat sich erbaut auf dem Privateigenthum, mit der Freiheit des Eigenthums wird auch die Freiheit der Person vernichtet. Dem muß entgegengetreten werden. Der Erfolg des Gesetzes läßt sich schon jetzt einigermaßen bemessen nach den Reden, welche die Socialdemokraten gegen dasselbe halten und die ihre Furcht beweisen: sie wissen sehr wohl, daß ihre Macht dadurch zerstört wird. Aber diese Wirkung kann das Gesetz nur ausüben, wenn es den Socialdemokraten alle die Mittel, mit denen sie arbeitet, auf einmal aus der Hand nimmt, vor Allem die Presse. Darum bin ich dafür, die von der Commission beschlossene Fassung so zu amendiren, wie es von unserer Fraction vorgeschlagen ist. M. H., der äußere Feind hat das deutsche Volk stets geeinigt gefunden. Möge auch der innere Feind dieses Volk so geeinigt finden und Sie veranlassen, das Gesetz so anzunehmen, wie es von der Regierung vorgeschlagen wird.

Abg. **Bamberger** (persönlich): Der Abg. v. Kleist-Retzow hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte den „Köhlerglauben" — den mir übrigens noch Niemand vorgeworfen hat — daß mit diesem Gesetz die Socialdemokratie vernichtet werde. Ich muß constatiren, daß ich das Gegentheil davon gesagt habe.

Referent Abg. v. **Schwarze** empfiehlt die Annahme des Commissionsvorschlages. Obgleich es richtig sei, daß jede politische Partei, welche die Staats- und Gesellschaftsordnung nicht anerkennt, keine berechtigte Partei sei, so habe man doch in dem Gesetz nicht weiter gehen wollen, als es absolut nothwendig sei.

Endlich schreitet das Haus zur Abstimmung über § 6, die in ihrem seltsamen Verlauf nur verstanden werden kann, wenn der Wortlaut der verschiedenen Fassungen vorliegt.

Der § 6 der ursprünglichen **Regierungsvorlage** lautet: Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten.

**In der Fassung der Commission lautet er: Druckschriften, in welchen socialdemokratische, socialistische oder communistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.**

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

Die **Amendements** der conservativen und der deutschen Reichspartei gehen gleichlautend dahin, nach dem Worte „Frieden" einzuschalten: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen" und die Schlußworte: „sobald auf Grund . . . erfolgt" zu streichen.

Bei der Abstimmung wird das erstere Amendement von der bekannten Majorität, das zweite von einer sehr viel größeren (Nationalliberalen mit wenigen Ausnahmen, Fortschritt, Centrum, Socialisten, Polen) angenommen, der § 6 aber **mit** diesen Amendements von einer noch größeren Mehrheit abgelehnt (dafür nur die Nationalliberalen), ebenso die Regierungsvorlage mit allen Stimmen gegen die der Conservativen und der Reichspartei **abgelehnt**.

**Das Resultat der fast zweitägigen Verhandlung ist also ein durchaus negatives, die zweite Lesung läßt an Stelle des § 6 eine Lücke** und die Berathung der mit ihm inhaltlich zusammenhängenden §§ 7—10 fällt aus.

Bevor der Präsident die Discussion über den § 11 eröffnet, ersucht er die Redner streng bei der Sache zu bleiben und alle Abschweifungen zu vermeiden.

Der § 11 lautet: Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von socialdemokratischen, socialistischen, communistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt.

Abg. **Moufang**: Der Reichskanzler hat sich sehr günstig für die Productivassociationen ausgesprochen und man hat das sofort als socialistische Ideen verschrieen. Wenn aber diesen Associationen keine Staatshilfe gewährt wird, wie sollen sie denn anders zu Stande kommen, als durch Sammlungen. Die Eisenbahnen lassen sich Zinsgarantien versprechen; ist das keine Staatshilfe für die reichen Actionäre. (Rufe: zur Sache! § 11! Präsident v. Forckenbeck macht den Redner auf die Aeußerung aufmerksam, die er bei Einleitung der Debatte gemacht, und bittet ihn bei der Sache zu bleiben.) Redner deducirt dann, wie solche Associationen nur durch Sammlung von Beiträgen zustande gebracht werden könnten und wendet sich dann gegen den ihm von einem so gelehrten und redegewandten Manne, wie dem Abg. Bamberger und vom Chefredacteur der „Nationalzeitung" gemachten Vorwurf, er sei ein Socialdemokrat. Die ursprüngliche Eigenthumsidee des deutschen Volkes sei eine ganz andere gewesen, als die durch das römische Recht mit seinem Egoismus jetzt zur Geltung gekommene. Ebenso wie es in Rußland noch vielfach gemeinsames Eigenthum gebe, fände es sich auch in rheinischen Gegenden noch mehrfach, daß in den ländlichen Gemeinden neben dem Privateigenthum ein Gemeindeeigenthum bestehe. Solche Gedanken dürften nicht ganz unberechtigt sein, sie würden freilich zu einer Umgestaltung, aber nicht zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung führen. Manche Bestrebungen der Arbeiter hätten einen socialdemokratischen Anstrich, seien aber gar nicht auf den Umsturz gerichtet, deshalb müßten Sammlungen für derartige Zwecke nicht von diesem Gesetze betroffen werden, wenn die Ausführung eine loyale sein solle.

Abg. **Bebel** hebt hervor, wie auch wieder dieser Paragraph zu den willkürlichsten Auslegungen der unteren Polizeibehörden Anlaß geben werde. Man brauche beispielsweise nur an Sammlungen zur Unterstützung von Arbeitseinstellungen zu denken. Es sei zwar vom Regierungstische und auch aus dem Hause versichert worden, solche Bestrebungen würden auch fürderhin erlaubt sein, allein man habe wiederum gar keine Bürgschaften für die richtige Ausführung dieser Intentionen. Wenn irgend ein Socialdemokrat für Arbeitseinstellungen sammele, so werde den Behörden damit die Handhabe geboten sein, die Sammlungen zu inhibiren. Die Gefahr sei um so größer, als die Bourgeoispresse in solchen Fällen nicht zögern werde, zu denunciren und zu hetzen. Bennigsen habe auf die ruhige Entwickelung in England hingewiesen, aber die englische Presse unterscheide sich sehr von der deutschen. Wenn dort Strikes von dreißig-, vierzigtausend Arbeitern vorkämen, so fände man nichts Besonderes darin und am wenigsten mache die Presse Front dagegen, eine Neutralität, welcher sich deutsche Blätter schwerlich jemals schuldig machen würden. Er erinnere ferner daran, daß durch dieses Gesetz viele Personen in eine bedrängte Lage geriethen. Wenn für dieselben von ihren bisherigen Parteigenossen gesammelt werden solle, so würde auch diese Absicht unter den § 11 fallen. So würde eine Stimmung der völligen Verzweiflung unter einer beträchtlichen Anzahl von Leuten platzgreifen und das Deutsche Reich würde russischen Zuständen entgegentreiben. Vor dem letzten Attentate, dessen Protokolle noch immer nicht vorlägen, trotz seiner in der ersten Lesung gestellten Forderung, eine Thatsache, die er sich nur dadurch erklären könne, daß diese Protokolle die bekannte, officielle Lügendepesche gründlich dementirten, solle sein Urheber geäußert haben, wenn man einmal aus dem Leben scheiden müsse, so möge man auch gleich einen mitnehmen, diese Anschauung würde weit um sich greifen, aber die volle Verantwortung falle auf die, welche ein solches Gesetz machten.

Abg. **Dernburg**: Der Abgeordnete Bebel hat uns ein Bild davon entworfen, wie es wohl zugehen würde, wenn für einen im Gefängniß sitzenden socialdemokratischen Agitator Sammlungen gemacht werden. Wenn das Gesetz unseren Intentionen entsprechend angewendet wird, so werden Handlungen, welche den Zwecken der Humanität entsprechen, nicht gehindert werden. Wenn sich der Abg. Bebel die Sache so vorstellt, daß während einer kürzeren oder längeren Frist eine socialdemokratische Welfenlegion gehalten werden soll, daß die Agitatoren zurückgehalten werden sollen bis zu einem geeigneten Moment, so wäre das gegen das Gesetz. Was nun die Vergleichung mit englischen Zuständen angeht, glauben Sie, daß es gegenüber der hetzenden Agitation, die in Deutschland herrscht, möglich wäre, eine so große Arbeitseinstellung gefahrlos durchzuführen. Die englischen Arbeiter wollten auf dem gesetzlichen Wege bleiben und die ganze Bevölkerung war davon überzeugt. (Hasselmann: 14 Fabriken wurden verbrannt!) Wenn einzelne Ausschreitungen gewesen sind, so hat sich ganz England dagegen erhoben und im Parlament wäre kein Redner aufgetreten, der gesagt hätte, daß auf der anderen Seite Banditen seien. Das ist der Unterschied zwischen englischen und deutschen Verhältnissen. Es ist leicht, der liberalen Presse Verdächtigungen vorzuwerfen; ich glaube aber, daß man sie auf anderer Seite suchen muß und die liberale Presse wird sich durch den Abg. Bebel nicht abhalten lassen, dafür zu sorgen, daß das Gesetz in den richtigen Grenzen durchgeführt wird. Ich wende mich jetzt noch mit einigen Worten zu meinem geehrten Landsmann Moufang. Derselbe hat einen so außerordentlichen Einfluß in seiner Gegend, daß ich den Worten, die er heute gesprochen, für die Beruhigung der Gemüther und für die Anhänglichkeit dieser Gegend an das Reich und seine Institutionen am Rheine das lauteste Echo wünsche.

Wenn er uns die Frage vorgelegt hat, warum wir nicht die Productiv-Associationen mit Staatsmitteln unterstützen sollen, da wir doch Eisenbahn-Unternehmungen mit Zinsgarantien unterstützen, so übersieht er den wesentlichen Unterschied, daß Eisenbahnen unterstützt werden zu dem Zwecke, damit sie im öffentlichen Interesse gebaut werden, während Derjenige, der Productiv-Associationen unterstützt, dies als eine Handlung persönlichen Wohlwollens thun müßte und ein effectiver, augenblicklich zu erwartender Vortheil nicht erwartet werden könnte. In dem großen Drange nach humanitären Bestrebungen hat sich, wie ich glaube, der Abg. Moufang zu weit hinreißen lassen und vielleicht die Grenzen überschritten, die er der Socialdemokratie gegenüber im Interesse der Humanität besser gewahrt hätte. Wenn der Abg. Moufang diesen Vorwurf von sich ablehnen zu müssen glaubte, so erlaube ich mir zur Bestätigung meiner Worte einfach die Erklärungen vorzulesen, die während der letzten Wahlen veröffentlicht worden sind. Ich glaube, es wird auch dem Abg. Windthorst, der über diese Dinge sehr wenig unterrichtet zu sein scheint, zur Aufklärung und Belehrung dienen. Diese zwei Urkunden sind folgende. Zuerst wurde während der Stichwahl in Mainz folgendes Programm veröffentlicht: „Social-Demokraten! Alle Männer an die Urnen! In Elberfeld hat unser Candidat Hasselmann mit 15,044 Stimmen gegen Prell mit 14,176 Stimmen gesiegt! Diesen Sieg verdanken wir der ultramontanen Partei! Sie hat uns ihr Wort gehalten. Unsere Ehre steht auf dem Spiele. Wir müssen das Gleiche thun. Also vorwärts an die Urnen und wählet Herrn Dr. Christoph Moufang! Das socialistische Wahlcomite!" Ich habe meine Ursache, diesem Document noch ein weiteres beizufügen.

Ich habe auch noch ein Document von der entgegengesetzten Seite. Da erklärt der Candidat des Centrums im Wahlkreise Offenbach-Dieburg, den der Abg. Bamberger in seiner neulichen Rede auch zum Gegenstande dieser Verhandlungen gemacht hat, in der Stichwahl: „In der Versammlung von Groß-Steinheim habe ich unter dem stürmischen Beifalle der zahlreich versammelten Wähler gesagt: Ich werfe die Flinte nicht eher ins Korn, als bis die letzte Patrone verschossen ist: Ich habe noch eine Patrone im Laufe, das ist der Stimmzettel bei der Stichwahl. Wenn die Fahne der Volks-

partei in diesem Wahlkampfe nicht mehr aufgepflanzt werden kann, so haben wir doch wenigstens noch die Möglichkeit, die Fahne des Liberalismus herniederreißen zu helfen. Und wahrhaftig, ich möchte es nicht auf mein Gewissen nehmen, mit dieser Patrone im Laufe dem Kampfe fern zu bleiben. Feuer! Jeder Stimmzettel für Liebknecht macht einen Stimmzettel Dernburg todt! Mainz, 5. August 1878. Philipp Wasserburg." Ich begreife sehr gut die Verlegenheit, in welche die Herren gekommen waren, da sie eine Wahl treffen mußten, die ihnen nach ihrer Ansicht in jeder Weise unangenehm sein mußte. Allein das ist gar nicht das thema probandum; aber wenn der Abgeordnete Moufang heute in dieser Weise jede Verbindung mit den Socialdemokraten von sich weist, so kann ich ihm nur meinen Beifall geben, ich möchte aber sagen wie jene englische Jury: Nicht schuldig, aber thun Sie es nicht mehr! (Heiterkeit.)

Abg. Prinz Radziwill theilt aus seiner Erfahrung eine Reihe von Fällen mit, in denen die unteren Polizeibehörden durch Inhibirung von Sammlungen zu Gunsten gesperrter Geistlichen die größten Mißgriffe begangen hätten.

Abg. Windthorst bemerkt betreffs der angeblichen Wahlbündnisse zwischen Socialdemokraten und Ultramontanen, daß alle Parteien verschiedentlich durch socialdemokratische Stimmen unterstützt worden wären. Es wäre lächerlich, bei Wahlen auf Grund des allgemeinen Stimmrechts die Stimmen nicht zu nehmen, wo man sie finde. Selbst vorherige Abmachungen und Besprechungen seien nicht ohne Weiteres zu verwerfen, weil ohne dieselben ja keine Handhabung des allgemeinen Wahlrechts möglich sei. Deshalb dürfe man aber noch nicht von einem Bündnisse sprechen, welches selbst dann noch nicht vorliegen würde, wenn der Candidat denen, welche ihn darum befragten, auch wenn sie einer andern Partei angehörten, eine Erläuterung seiner Ansichten gäbe. Diese Erläuterung wäre etwa für alle Welt da und involvire keinerlei Verpflichtung, die Ultramontanen hätten gerade Vertreter aller anderen Parteien ins Parlament bringen helfen, nur nicht Socialdemokraten. In Offenbach und Solingen hätten sie die Wahl von socialdemokratischen Candidaten vereitelt; selbst für Mitglieder der Reichspartei zu stimmen hätten sie sich entschlossen. Ihr Maßstab bei den Stichwahlen sei einfach der gewesen, solche Politiker durchzubringen, welche die verhältnißmäßig besten Bürgschaften in Bezug auf die Beendigung des Culturkampfes gegeben hätten.

Damit schließt die Debatte; in einer Reihe persönlicher Bemerkungen erörtern die Abgg. Moufang, Hasselmann, Dernburg und Liebknecht die Wahlvorgänge in ihren Wahlkreisen.

§ 11 wird angenommen.

§ 13 lautet: „Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft."

Abg. Bebel weist auf die Ungeheuerlichkeit dieser Strafbestimmung hin. Für den Inhaber einer solchen Räumlichkeit sei es absolut unmöglich, im Voraus sich zu vergewissern, ob der betreffende Verein oder Versammlung den Charakter des Verbotenen haben; trotzdem könne er in Verbindung mit § 6a seine Concession und damit seine ganze Existenz verlieren. Wie die Polizei diese Bestimmung handhaben werde, dafür brauche er nur auf die ganz unmotivirte polizeiliche Schließung des hiesigen Arbeiterbildungsinstituts hinzuweisen, die auf die bloße Vermuthung hin, daß es sich hier um ein socialdemokratisches Institut handele, erfolgt sei. Er wolle auf diese Consequenzen hinweisen, damit man sich später nicht damit entschuldigen könne, man habe die Tragweite des Gesetzes nicht übersehen.

Referent v. Schwarze entgegnet, daß die gesammten Strafbestimmungen der §§ 12—17 nur Platz greifen, wenn der Thäter von dem Verbote Kenntniß hat.

Der § 13 wird angenommen.

§ 14 fällt in Folge der zu § 6 gefaßten Beschlüsse aus.

§ 15 lautet: „Wer einem nach § 11 erlassenen Verbote zuwiderhandelt wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Ortes der Sammlung für verfallen zu erklären."

Derselbe wird ohne Debatte angenommen.

Unter Zustimmung des Referenten wird der § 15a mit einem formellen Amendement der Abgg. v. Schmid (Würtemberg) und Genossen angenommen, so daß derselbe jetzt folgendermaßen lautet: „Wer ohne Kenntniß, jedoch nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots durch den „Reichsanzeiger" (§ 2) eine der in den §§ 12, 13 verbotenen Handlungen begeht, ist mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft zu bestrafen. Gleiche Strafe trifft den, welcher nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots einem nach § 11 erlassenen Verbote zuwiderhandelt. Die Schlußbestimmung des § 15 findet Anwendung."

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Fortsetzung der Debatte bis Dinstag 10 Uhr.

---

**Berlin**, 14. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Landschafts-Director v. Körber auf Körberrode im Kreise Graudenz und dem Rittergutsbesitzer und Kreis-Deputirten Conrad auf Fronza im Kreise Marienwerder den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Pastor und Senior Ministerii Görges zu Lüneburg und dem Pfarrer Düsterhoff zu Polßen im Kreise Angermünde den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Nebert an der Mädchen-Mittelschule zu Pritzwalk im Kreise Ostpriegnitz den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Schöffen Joseph Hanisch zu Samotschin im Kreise Colmar i. P. das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Königlich baierischen Ober-Bahninspector und Ober-Bahnamts-Vorstande Pühn zu Weiden in der Oberpfalz den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, und dem Stadtschultheißen von Asperg in Würtemberg, Gustav Sprinkhardt, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Wasserbau-Inspector Adolf Keller zu Frankfurt a. O. zum Regierungs- und Baurath ernannt.

Dem Königlichen Regierungs- une Baurath Keller ist die Stelle eines solchen bei der Königlichen Regierung zu Gumbinnen verliehen worden. — Der Consistorialrath Todt zu Breslau ist in gleicher Eigenschaft an das Königliche Consistorium der Provinz Sachsen versetzt worden.

[Ergebniß des Concurrenz-Ausschreibens um den Entwurf eines allgemeinen Collegiengebäudes für die Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg.] Den Bestimmungen desselben gemäß ist das zur Beurtheilung der Entwürfe berufene Preisgericht, bestehend aus den in dem Concurrenzausschreiben genannten Herren Architekten und zwei Vertretern der Universität zusammengetreten und hat die eingegangenen Entwürfe der Prüfung unterzogen. Der erste der ausgesetzten Preise, im Betrage von 6000 Mark, ist dem Entwurfe des Architekten Herrn Warth in Karlsruhe, die weiteren vier Preise von je 3000 Mark sind den Entwürfen der nachstehend in alphabetischer Reihenfolge aufgeführten Herren Architekten: Eggert in Straßburg im Elsaß, Hoßfeld und Hinckeldeyn in Berlin, Mylius und Bluntschli in Frankfurt a. M., O. Sommer in Frankfurt a. M. zuerkannt.

**Berlin**, 14. Octbr. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] gedenkt, an Höchstseinem Geburtstage, dem 18. d. Mts., einen Ausflug zu machen und wird daher keinerlei persönliche Gratulationen annehmen. (R.-A.)

= **Berlin**, 14. Octbr. [Die Abstimmung über § 6 des Socialistengesetzes. — Voraussichtliche Beendigung der zweiten Lesung des Gesetzes.] Die sämmtlichen Fractionen des Reichstages, welche ein Interesse an das Zustandekommen des Socialistengesetzes haben, sind von dem Ausgange der heutigen Abstimmung über den § 6 überrascht. Man hatte augenscheinlich nicht erwartet, daß die Conservativen die Hand dazu bieten würden, eine Lücke in dem Gesetz zu schaffen, die eben nicht unausgefüllt bleiben kann, wenn das Gesetz überhaupt wirksam werden soll. Zweifellos wird der § 6 und die dazu gehörigen Bestimmungen bei der dritten Lesung als besonderer Antrag wieder in das Gesetz eingefügt werden. Es haben sofort Verhandlungen zwischen den Fractionen begonnen, welche vermuthen lassen, daß man zu einer Verständigung gelangen wird. Uebrigens steht zu hoffen, daß die zweite Lesung am Mittwoch enden wird; der Donnerstag soll dann ausfallen und Freitag und Sonnabend für die dritte Lesung frei bleiben.

⊡ **Berlin**, 14. Octbr. [Auseinandersetzungen zwischen Ultramontanen und Conservativen. — Die Ablehnung des Preßparagraphen im Socialistengesetz.] Die heutigen wichtigen und interessanten Momente in der Reichstags-Verhandlung über das Socialistengesetz bildeten die Auseinandersetzungen zwischen den Conservativen und dem Centrum, sowie die Ablehnung des Preßparagraphen. Seit lange schon wurde in conservativen Blättern dem Herzenswunsch nach einer Vereinbarung mit den Ultramontanen ein warmer Ausdruck gegeben, und die clericalen Blätter erwiderten die Liebesmühen unter Hinweisung auf die Verhandlungen mit Rom und die Fortdauer des Culturkampfes mit abwehrenden Glossen. In der heutigen Sitzung nahmen die Bewerbungen der Conservativen sozusagen durch den Abg. Kleist-Retzow einen officiellen Charakter an. Er erklärte unter dem Beifall seiner Freunde: die conservative Partei sehne sich aufrichtig darnach, mit der Centrumsfraction zusammen an der Verbesserung der Gewerbeordnung, der Civilehe ꝛc. zu arbeiten, zum Wohle des Vaterlandes! Wie vorauszusehen war, erhielt der ministerielle Brautwerber von dem Chef der Ultramontanen einen solennen Korb. Der Abg. Windthorst erwiderte nämlich: So lange die Regierung nicht im mindesten den ernsten Versuch macht, den Culturkampf zu beseitigen und nur sich bestrebt, die politisch unbequeme Centrumsfraction zu unterdrücken, kann dieselbe nicht die Regierung unterstützen; wenn der Culturkampf zu Ende ist, wird sich zeigen, wie die Dinge sich gestalten. Die letzten Worte des Centrumsredners wurden in verlegener Weise gesprochen, gerade so, als ob sich der Abg. Windthorst mit dem Hinblick auf die Beendigung des Culturkampfes der Zustimmung seiner Partei nicht sicher wäre. Dies erregte selbstverständlich die Heiterkeit des Hauses, was jedoch den Führer der Ultramontanen nicht abhielt, den Abg. v. Kleist aufzufordern, seinen mächtigen Schutz sowohl den Particularisten als auch den Jesuiten angedeihen zu lassen, und schließlich die Erwartung auszusprechen, daß Fürst Bismarck eine Reaction in Staat und Kirche herbeiführen möge. Die auseinandergehenden Auffassungen der Parteien im Hause, betreffs der Preßparagraphen, waren ein getreues Spiegelbild dessen, was in der Commission vorging. Man lehnte mit großen Majoritäten sowohl die Commissionsfassung, als auch die der Regierungsvorlage ab. Es entsteht nun die Frage, wie der Schaden gut zu machen sei. Wie wir hören, erbieten sich die Conservativen, nach vorhergegangenem Einvernehmen mit den Nationalliberalen die Wiederherstellung des Paragraphen nach der Regierungsvorlage in der dritten Lesung zu beantragen. Von nationalliberaler Seite bestreitet man die Möglichkeit eines solchen Verfahrens, zunächst weil es sich nicht blos um den § 6, sondern auch um seine mit ihm in Zusammenhang stehenden weiteren vier Paragraphen handelt, deren Discussion heute ausgesetzt wurde. Man gedenkt für die zweite Lesung an einer anderen Stelle der Vorlage die fünf auf die Presse bezüglichen Paragraphen in einer etwas modificirten Form einzuschalten und so für die Fassung der Commission eine Majorität zu erhalten.

[Der Bundesrath] hielt am 12. October 1878 eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung wurde Beschluß gefaßt über die geschäftliche Behandlung von Anträgen und Vorlagen, betreffend: a. die Ergebnisse der angestellten Zuckerraffinationsversuche; b. den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen; c. das Programm der Commission zur Untersuchung der gegenwärtigen Lage der deutschen Eisen-Industrie; d. den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen; e. den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahnfrachtverkehr; f. die Abänderung des Eisenbahn-Betriebsreglements in Bezug auf die Beförderung von Phosphor; g. die strafrechtliche Verfolgung von Beleidigungen des Bundesraths. Die Gegenstände unter a. b. d—g wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Hierauf faßte die Versammlung Beschluß über die Wiederbesetzung erledigter Stellen bei mehreren Disciplinarkammern. Ueber einige Anträge, betreffend das Pensions-Verhältniß von Beamten der Post- und Telegraphen-Verwaltung, soll in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden. Die Beschlußfassung über einen Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und Handel und Verkehr, betreffend die Zollbehandlung der Schachteln zu schwedischen Zündhölzern, wurde mit Rücksicht auf mehrere den Gegenstand betreffende Eingaben einer späteren Sitzung vorbehalten. Auf Antrag des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Zollbehandlung von Packpapier wurde beschlossen, daß Packpapier von einer gewissen, durch vorgelegte Proben bestimmten Beschaffenheit nach Nr. 27 c des Zolltarifs mit 3 M. pr. Ctr. zu verzollen sei. Der Bundesrath genehmigte ferner die von demselben Ausschuß vorgelegten und befürworteten Vorschriften über die zollamtliche Behandlung fremdherrlicher Kriegsschiffe. Auf mündlichen Bericht der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr wurden mehrere Eingaben, betreffend a) Verzollung von Mehl im Verkehr mit Oesterreich; b) die deutsche Eisenindustrie, c) die Einführung von Schutzzöllen, d) die deutsche Zoll- und Handelspolitik, e) die Einführung von indirecten Steuern ꝛc. mit Rücksicht auf bereits schwebende Verhandlungen für erledigt erklärt. Sodann wurden mehrere Eingaben vorgelegt und den betreffenden Ausschüssen überwiesen; darunter insbesondere a. eine Eingabe des Magistrats der Stadt Glatz, betreffend die Erweiterung der Thorpassagen der Stadtbefestigung in Glatz, b. eine Eingabe des Fritz Gottlieb zu Leipzig, betreffend seine Flugschrift: „Der autonome Zolltarif", c. Eingaben der Flensburger Zündwaarenfabrik, des Albert Strauß zu Michelstadt, des C. Fooken zu Lauenburg a. E., der chemischen Zündwaarenfabrik von Müller u. Co. zu Simmern, der Zündwaarenfabrik von Tatarsky u. Sohn zu Vordamm-Driesen, der Handlung R. Olbricht u. Co. in Habelschwerdt, betreffend die Zollbehandlung der Schachteln zu schwedischen Zündhölzern, d. eine Eingabe der Handels- und Gewerbekammer für Oberbaiern zu München, betreffend den Vertragsentwurf eines internationalen Eisenbahntransportrechtes, e. eine Eingabe des Apothekenbesitzers Kemp zu Palphin und Genossen, betreffend die Regelung des Apothekenwesens.

[Marine.] S. M. Glattdecks-Corvette „Augusta" 10 Geschütze, ist telegraphischer Nachricht zufolge, am 14. d. M. in Wilhelmshafen eingetroffen.

**Kiel**, 14. Octbr. [Se. K. Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen] ist heute Mittag hier eingetroffen und hat sich sofort auf die Corvette „Prinz Adalbert" begeben, welche heute Nachmittag 4 Uhr den Hafen verläßt. Der Prinz, welcher seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, auf die Rhede begleitet, kehrt am Abend mit dem Dampfer „Notus" hierher zurück und wird hier übernachten.

**Dresden**, 14. Oct. [Der hier tagende deutsche Arbeiter-Congreß] nahm bei der Berathung über „die Verwendung der Wilhelmsspende und die freien Hilfskassen" folgende Resolutionen an: 1) Der zweite deutsche Arbeitercongreß erklärt sich mit Entschiedenheit gegen die Einführung von Zwangskassen und empfiehlt die Förderung der bereits bestehenden freien Kassen, sowie event. die Gründung von neuen freien Kassen in allen Kreisen der Gesellschaft. 2) Der zweite deutsche Arbeitercongreß ersucht das Reichskanzleramt in geeigneter Weise statistisches Material zu sammeln, um daraus die technischen Unterlagen zu einem Normativgesetz für Arbeiter-Invalidenkassen zu gewinnen. — Die Verhandlungen, welche heute einen ruhigen Verlauf zeigten, werden heute Abend geschlossen werden.

# Provinzial-Zeitung.

**Breslau**, 15. Octbr. [Angekommen.] Se. Durchl. Georg Prinz zu Schönaich-Carolath auf Mellendorf. Ihre Durchl. Prinzeß zu Schönaich-Carolath auf Mellendorf.

* [Die alljährliche Bereisung der Oder] von Breslau aus hat am Sonntag begonnen. Am Abend dieses Tages trafen mit dem Regierungs-Dampfer „Victoria" in Gr.-Glogau ein: die Herren Strombau-Director Bader, Baumeister Grehe aus Breslau und Baurath Versen aus Steinau. Die Herren sind nach Neusalz weitergereist.

* [Fund.] Aus Görlitz meldet die „Nied. Ztg." In der dem Dachpappen-Fabrikanten Herrn Nicklaus gehörigen, bei Leschwitz belegenen Sandgrube wurden am Sonnabend beim Sandgraben in größerer Tiefe mehrere Urnen aufgefunden. Vor der Hand ist nur eine derselben vollständig zu Tage gefördert worden, während die übrigen erst theilweise sichtbar sind. Die weiteren Nachgrabungen werden wohl das Nähere über die Zahl und den Ursprung der Urnen ergeben. Ein zahlreiches Publikum war auf die Nachricht hin gestern zum Fundort gepilgert, das Betreten der Sandgrube war jedoch nicht gestattet.

[Seltene Zahmheit.] Im Forsthause zu Hohenwiese bei Schmiedeberg befindet sich ein junges Reh von seltener Zahmheit. Im Monat März d. J. wurde es, erst einige Tage alt, von einem Forst-Eleven im nahen Gebirgswalde aufgefunden und mit nach Hause genommen. Mittelst eines Trinkfläschchens mit Gummisaugpfropfen ward es mit Milch ernährt und schlief beim Stubenhunde in der Küche. Mit Eintritt milderer Jahreszeit ward es ins Freie gelassen, schlief des Nachts im Garten und holte sich regelmäßig seine Nahrung im Hause. Jetzt genießt es vollständige Freiheit, geht im Hause wie ein Hündchen aus und ein und läuft nach Belieben auf die Berge und in den Wald, in dem es regelmäßig übernachtet. Frühmorgens kommt es ins Haus, besucht zunächst den Kuhstall und bleibt so lange dort bei der Melkerin stehen, bis es seine Ration Milch empfangen; dann besucht es die Küche und spähet nach weiterer Azung, worauf es Einlaß in die Wohnstube begehrt, wo es an den Tisch tritt, um gewohnter Weise aus dem Tischschube etwas Zucker zu erhalten. Ist dies geschehen, besucht es die nebenanliegende Schlafstube und liebkoset die Personen, welche sich etwa noch im Bett befinden. Mit Hund und Katzen pflegt es sehr gute Freundschaft. Macht es Spaziergänge oder ist es auf die Weide gegangen, so kehrt es heim, sobald es seinen Rufnamen Hans vernimmt.

---

—ch. **Lauban**, 14. Octbr. [Tageschronik.] Heute Mittag wurde der Tagearbeiter Heinze, ein schon ältlicher Mann, als Leiche aus dem Wasser gezogen. — Auf dem Dominium Steinkirch, hiesigen Kreises, ist unter dem Rindvieh die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

---

X. **Neumarkt**, 14. Octbr. [Tageschronik.] In letzter General-Versammlung hiesigen Feldschutz-Vereins unter Vorsitz des Bürgermeisters hat sich ergeben, daß der Felddiebstahl fast ganz auf unseren Fluren beseitigt worden ist, nur 6 Fälle sind zu registriren gewesen. Der Verein nimmt im Juli k. J. seine Thätigkeit wieder auf, wird aber in fortfährender Fühlung bleiben. Verflossenen Sonnabend vereinigten sich die Mitglieder zweier Bezirke in zwei verschiedenen Localen (über 100 Personen) zu einem solennen Abendbrodt, um den Schluß der Sommerthätigkeit zu feiern. — Gestern fand, leider durch die Errichtung des neuen Schießstandes am Feldschlößchen verspätet, das diesjährige Königsschießen hiesiger Schützengilde statt, statt des sonst verwendeten Zeltes nahm diesmal der Brauereigarten die Mitglieder auf, wo ein Concert stattfand, zu welchem jeder Unbetheiligte mit Zutritt hatte. Das Fest verlief in gemüthlicher Weise. Schützenkönig wurde Kammmachermeister Bruchmann, der zweitbeste Schütze Schuhmachermeister Joseph Hirschberg, der drittbeste Seifensiedermeister Theodor Reimann.

---

—r. **Namslau**, 14. Oct. [Amtseinführung. — Präsentationspredigten. — Waldbrand. — Dramatische Vorlesung.] Dem im heutigen Mittagblatte abgedruckten Berichte ist noch nachzutragen, daß am vergangenen Freitage bei Gelegenheit der Einführung des Herrn Lehrers Emil Seybold aus Rösnitz bei Leobschütz in die unterste Lehrerstelle der hiesigen evangelischen Stadtschule, durch den Localschulinspector Herrn Pastor Schwartz von hier in Gegenwart des versammelten Lehrer-Collegiums auch der ebenfalls neu berufene Lehrer Herr Adolf Rudolf, bisher Lehrer in Ellguth hiesigen Kreises, in sein hiesiges Lehramt feierlichst eingeführt worden ist. — Behufs Wiederbesetzung des seit dem 1. Mai c. an unserer evangelischen Kirche vacanten polnischen Pastorats hielt gestern Vormittag im polnischen und deutschen Gottesdienste der Herr Pastor Abecht aus Proschlitz bei Pitschen Präsentations-Predigten. — Nach den Seitens der hiesigen Polizei-Verwaltungen angestellten Untersuchungen über einen im hiesigen städtischen Forste ausgebrochenen, nicht unerheblichen Waldbrand hat sich herausgestellt, daß Schulkinder beim Einsammeln von Holz mittelst mitgeführter Streichzündhölzer mehrere Male Queckenhaufen in Brand gesteckt und dadurch den erwähnten Waldbrandschaden veranlaßt haben. Dies hat den Kreisschulen-Inspector Herrn Fengler bestimmt, die Lehrer der hiesigen Stadtschule zu beauftragen, die Schulkinder vor dem Mitführen von Streichzündhölzern und dem unbefugten Anzünden von Feuern auf dem Felde, im Walde oder an anderen Orten zu warnen. — Gestern Abend fand im Saale des Gasthofes „zur goldenen Krone" durch Herrn Emanuel Lederer aus Breslau eine dramatische Vorlesung statt. Der Vortragende hatte hierzu Scenen aus Göthe's „Faust", aus Schiller's „Don Carlos" und aus Lessing's „Nathan der Weise" gewählt und fand bei dem Auditorium für seine vortrefflichen Leistungen gebührende Anerkennung.

---

**Berlin**, 14. Oct. [Börse.] Der gestrige Privatverkehr war bei geringem Geschäft ziemlich fest, besonders gewann der Verkehr gegen Schluß an Festigkeit auf das Gerücht vom Verbleiben des Finanzministers Depretis. Creditactien 382—380,50—382,50, Franzosen 434 bis 434,50, Lombarden 113—114—113—113,50, österr. Papierrente 51,75, do. Goldrente 60,90 bis 61, ungar. Goldrente 71—70,90—71, Italiener 72,25, 5proc. Russen 78,50 bis 78,40—78,50, russische Noten per ult. 204—203,75—204, Rumänier 32, Köln-Mindener Bahn 103,50, Bergisch-Märkische Bahn 77,40, Rheinische Bahn 107,75, Oberschlesische Bahn 126, Galizier 98,50—98,75, Disconto-Commandit 127,75 bis 128 bis 127,75, Laurahütte 69,75. — Nachbörse: Fest, Creditactien 383,50, Disconto-Commandit 128,50.

Das heutige Geschäft eröffnete in einer recht festen Haltung. Schon vor der Börse war bekannt, daß die „N. Fr. Pr." heute die Nachricht gebracht habe, daß von der österr. Occupationsarmee vier Divisionen demobilisirt werden sollten und dieser Umstand gab in Verbindung mit den höheren Wiener Notirungen der hiesigen Contremine Veranlassung Deckungen vorzunehmen. Eine vermehrte Actionslust hatte dies jedoch nicht zur Folge und es ermattete bald wieder die Tendenz. Selbst als endlich in der zweiten Hälfte der letzten Börsenstunde das „W. T. B." jener gerüchtartigen Nachricht durch Ausgabe einer bezüglichen Depesche gleichsam die officielle Sanction gab, vermochte die Börse nicht sich aus ihrer apathischen Haltung aufzuraffen. Oesterr. Creditactien wurden reger umgesetzt und schwankten vielfach im Course. Franzosen und Lombarden blieben vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen waren im Allgemeinen fest, wurden aber nur sehr wenig umgesetzt. Rudolfbahn beliebt. Böhmische Westbahn matter. Sehr still waren die localen Speculations-Effecten; Laura-Actien stellten sich indeß etwas besser. Es notirten: Disconto-Commandit 128, ultimo 128,75—128,90—127,60—128,25—128; Laurahütte 70,20, ultimo 70,25 bis 70,50—70,25. In den Notirungen der auswärtigen Staatsanleihen sind schwache Besserungen eingetreten. Russische Werthe blieben meist unverändert. Fünfprocentige Anleihe per ultimo 78¾—78⅞—78¾, russische Noten per ultimo 205¼—205⅛—204¼, per November 206¼—205, per December 207—205¾, per Januar 207¾—206⅛. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still, Eisenbahn-Prioritäten schwach belebt, Lombardische dreiprocentige und fünfprocentige fanden eher Beachtung. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte herrschte eine sehr feste Tendenz. Für die rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen fehlte es an Abgebern. Potsdamer belebt und steigend. Stettiner sehr lebhaft und anziehend. Oberschlesische bekundeten gute Festigkeit und gingen bei steigender Notiz lebhaft um. Schweizer. Westbahn gut behauptet, Rumänen unverändert. Werrabahn ziemlich lebhaft, Nahebahn, Ostpreuß. Südbahn haben ebenfalls einigen Verkehr aufzuweisen, konnten sich auf bisherigem Niveau indeß nicht behaupten. — Bankactien wenig fest. Gothaer Grundcredit (alte) zogen etwas an. Deutsche Bank wurde lebhaft zu letzter Notiz gehandelt. Meininger Hypothekenbank und Bank für Rheinland ebenfalls bei unveränderten Coursen belebt. Berliner Handels-Gesellschaft war billiger erhältlich. Leipziger Credit- und Breslauer Discontobank niedriger. Börsen-Handelsverein, Sächsische Bank und Berliner Kassenverein nachgebend. Industriepapiere unbelebt und meist niedriger. Große Pferdebahn rege bei höherem Course, Tivoli-Brauerei steigend, Viehhof besser, Dessauer Gas nachgebend, Greppiner Werke niedriger, Schönherr Webstuhl matt, Egells Maschinenbaufabrik in reger Frage, Lauchhammer besser, Leopoldshall gedrückt. Von Montanwerthen Phönix B., Louise Tiefbau besser, Redenhütte, Donnersmarck und Bergisch-Märkisches Bergwerk niedriger, Marienhütte weichend.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 385,50, Lombarden 114,50, Franzosen 436, Reichsbank 154,—, Disconto-Commandit 128,—, Laurahütte 70,25, Türken 10,80, Italiener 72,40, 1860er Loose —, Oesterreichische Goldrente 61,—, do. Silberrente 53,50, do. Papierrente 52,—, Ung. Goldrente —, 5proc. Russen 78,75, Köln-Mindener 104,—, Rheinische 108,—, Bergische 77,75, Rumänen 31,75, Galizier —, Russische Noten 204,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,— bez., do. Eisenb.-Cp. 171,75 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 ₰ k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,20 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4, 18 bez., do. Papier-Doll. 4,16 bez., 6% New-York-City 4,18,50 bez., Russ. Central-Boden min. 20 ₰ Paris, do. Papier u. verl. min. 75 ₰ k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 ₰ Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. 20, 49 bez., Russischer Zoll 20, 45 bez., 22er Russen 20, 72 bez., Groß

Russ. Staatsbahn 20,22 bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez., Warschau-Wiener Comm. —,—, 8% Rumänische St.-Anl. —,—, Warschau-Terespol 20,16 bez., 3% u. 5% Lombard. min. 10 ₰ Paris, Diverse in Paris zahlbar minus 20 ₰ Paris, Holländische minus 25 ₰ Amsterdam, Schweizer minus 50 ₰ Paris, Belg. minus 30 ₰ Brüssel, Berl. Lstr.-Obligationen 20,41 bez.

# Berliner Börse vom 14. October 1878.

### Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichs-Anl. | 4 | 95,70 bzG |
| Consolidirte Anleihe. | 4½ | 105,10 bzB |
| do. do. 1876 | 4 | 96,00 bz |
| Staats-Anleihe | 4 | 95,50 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 92,30 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | 146,75 bzB |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 102,25 G |
| Pfandbriefe. Berliner | 4½ | 101,90 bz |
| Pommersche | 3½ | 84,20 bz |
| do. | 4 | 94,75 bz |
| do. | 4½ | 102,50 G |
| do. Ldsch. Crd. | 4½ | — |
| Posensche neue | 4 | 94,90 B |
| Schlesische | 3½ | 86,40 bz |
| Lndschaftl. Central | 4 | 95,00 bz |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 96,00 G |
| Pommersche | 4 | 95,80 bz |
| Posensche | 4 | 95,25 bz |
| Preussische | 4 | 95,30 bz |
| Westfäl. u. Rhein. | 4 | 99,00 bzG |
| Sächsische | 4 | 98,40 bz |
| Schlesische | 4 | 96,60 bz |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 120,75 bz |
| Baierische 4% Anleihe | 4 | 123,25 G |
| Cöln-Mind. Prämiensch. | 3½ | 116,30 bz |
| Sächs. Rente von 1876 | 3 | 72,90 B |

Kurh. 40 Thaler-Loose 244,25 G
Badische 35 Fl.-Loose 143,00 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,30 B
Oldenburger Loose 138,50 bzB

| | |
|---|---|
| Ducaten 9,65 B | Dollars 4,18 G |
| Sover. 20,39 G | Oest. Bkn. 172,75 bz |
| Napoleon 16,21 bz | do. Silbergd. 173 B |
| Imperials 16,65 G | Russ. Bkn. 204,10 bz |

### Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Krupp'sche Partial-Ob. | 5 | 108,20 bz |
| Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B. | 4½ | 97,00 G |
| do. do. | 5 | 102,00 bzG |
| Deutsche Hyp.-B.-Pfb. | 4½ | 95,00 bzG |
| do. do. do. | 5 | 100,75 bzG |
| Kündbr. Cent.-Bod.-Cr. | 4½ | 100,10 G |
| Unkünd. do. (1872) | 5 | 102,00 bzG |
| do. rückzb. à 110 | 5 | 106,75 bz |
| do. do. do. | 4½ | 98,75 bz |
| Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B. | 5 | — — |
| do. III. Em. do. | 5 | 101,00 bzG |
| Kündb. Hyp. Schuld. do. | 5 | 100,20 bz |
| Hyp.-Anth. Nord-G.C-B | 5 | 94,00 bzG |
| do. do. Pfandbr. | 5 | 94,00 bzG |
| Pomm. Hyp.-Briefe | 5 | 97,50 bz |
| do. do. II. Em. | 5 | 93,70 G |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 107,00 bzB |
| do. do. II. Em. | 5 | 105,90 bzG |
| do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110 | 5 | 100,20 bzG |
| do. 4½ do. do. m. 110 | 4½ | 92,75 bz |
| Meininger Präm.-Pfdb. | 4 | 107,50 bzB |
| Oest. Silberpfandbr. | 5½ | — — |
| do. Hyp.-Crd.-Pfdbr. | 5 | |
| Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge. | 5 | 92,60 bz |
| Schles. Bodencr.-Pfdbr. | 5 | 99,10 G |
| do. do. | 4½ | 95,00 G |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 103,20 G |
| do. do. 4½% | 4½ | 98,70 G |
| Wiener Silberpfandbr. | 5½ | — — |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silber-R. (1/1.1/7.) | 4⅕ | 53,80 bz |
| do. (1/4.1/10.) | | 53,80 etbzG |
| do. Goldrente | 4 | 61,40 bzG |
| do. Papierrente | 4⅕ | 52,30 bz |
| do. 54er Präm.-Anl. | 4 | 100 bzG |
| do. Lott.-Anl. v. 60 | 5 | 105,25 bz |
| do. Credit-Loose | fr. | 292,50 bzG |
| do. 64er Loose | fr. | 254,50 bzG |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 147,80 bz |
| do. do. 1866 | 5 | 145,50 bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfdbr. | 5 | 73,25 bz |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb. | 5 | 73,00 bzB |
| Russ.-Poln. Schatz-Obl. | 4 | — — |
| Poln. Pfandbr. III. Em. | 4 | 62,25 bzB |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | 55,30 bz |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 103,90 bz |
| do. do. 1885 | 6 | 98,40 G |
| do. 5% Anleihe | 5 | 102,90 B |
| Ital. 5% Anleihe | 5 | — — |
| Ital. Tabak-Oblig. | 6 | 101,90 bzG |
| Raab-Grazer 100 Thlr. L | 4 | 79,10 bz |
| Rumänische Anleihe. | 8 | — — |
| Türkische Anleihe. | 5 | 10,90 etbzB |
| Ungar. Goldrente | 6 | 71,25 bz |
| Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl. | 5 | — — |

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,25 bz
Türken-Loose 34,00 G

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märk. Serie II. | 4½ | 100 B |
| do. III. v. St. 3½ g. | 3½ | 84,95 B |
| do. do. VI. | 4½ | 99,80 G |
| do. Hess. Nordbahn | 5 | 103,50 G |
| Berlin-Görlitz | 5 | 102,00 B |
| do. | 4½ | 90,25 G 96,25 bzG |
| Breslau-Freib. Lit. D. | 4½ | — — |
| do. Lit. G. | 4½ | 96 G |
| do. do. H. | 4½ | 94,75 G |
| do. do. J. | 4½ | 94,75 G |
| do. do. K. | 4½ | 94,75 G |
| do. von 1876. | 5 | 101,90 B |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4 | — — |
| do. .. Lit. B. | 4½ | — — |
| do. .... IV. | 4 | 94,50 bzG |
| do. .... V. | 4 | 93,50 B |
| Halle-Sorau-Guben | 4½ | 101,60 bz |
| Hannover-Altenbeken. | 4½ | 96,75 G |
| Märkisch-Posener | 5 | — |
| N.-M. Staatsb. I. Ser. | 4 | 96,50 B |
| do. do. II. Ser. | 4 | 95,50 B |
| do. do. Obl. I. u. II. | 4 | 96,50 G |
| do. do. III. Ser. | 4 | 94,60 G |
| Oberschles. A. | 4 | 94 B |
| do. C. | 4 | 92,75 bz |
| do. D. | 4 | 92,75 bz |
| do. E. | 3½ | 85,70 bz |
| do. F. | 4½ | — — |
| do. G. | 4½ | 100 G |
| do. H. | 4½ | 101,40 B |
| do. von 1869. | 5 | 101,50 bz |
| do. von 1873. | 4 | 92,10 bzB |
| do. von 1874. | 4½ | 100,25 B |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | — — |
| do. Cosel-Oderb. | 4 | — |
| do. do. | 5 | 103,40 bzB |
| do. Stargard-Posen | 4 | — |
| do. do. II. Em. | 4½ | — — |
| do. do. III. Em. | 4½ | — — |
| do. Ndrschl. Zwgb. | 3½ | |
| Ostpreuss. Südbahn | 4½ | 99,25 G |
| Rechte-Oder-Ufer-B. | 4½ | 100,40 B |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½ | 100,00 B |
| Dux-Bodenbach. | fr. | 64,25 etbzG |
| do. II. Emission | fr. | 54,30 bzG |
| Prag-Dux. | fr. | 20,00 G |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn. | 5 | 86,50 B |
| do. do. neue | 5 | 84,50 G |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 69,90 bz |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 57,00 bzG |
| Ung. Ostbahn. | 5 | 53,90 bz |
| Lemberg-Czernowitz. | 5 | 66,50 G |
| do. do. II | 5 | 68,25 bz |
| do. do. III. | 5 | 60,00 bzG |
| do. do. IV. | 5 | 56,00 bz |
| Mährische Grenzbahn. | 5 | 47,50 G |
| Mähr.-Schl. Centralb. | fr. | 18,30 bzG |
| do. II. | fr. | — — |
| Kronpr. Rudolf-Bahn | 5 | 65,50 bz |
| Oesterr.-Französische. | 3 | 341,50 G |
| do. do. II. | 3 | 327,50 G |
| do. südl. Staatsbahn. | 3 | 239,50 bzG |
| do. neue | 3 | 239,75 G |
| do. Obligationen | 5 | 81,00 bz |
| Rumän. Eisenb.-Oblig. | 6 | 81,50 bzB |
| Warschau-Wien II. | 5 | 97,50 bzB |
| do. III. | 5 | 93,75 bz |
| do. IV. | 5 | 83,75 G |
| do. V. | 5 | 81,20 bz |

### Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. | 3½ | 169,10 bzB |
| do. do. | 2 M. | 3½ | 167,95 bz |
| London 1 Lstr. | 3 M. | 6 | 20,27 bz |
| Paris 100 Frcs. | 8 T. | 2 | 80,90 bz |
| Petersburg 100 SR. | 3 M. | 6 | 202,50 bz |
| Warschau 100 SR. | 8 T. | 6 | 203,65 bz |
| Wien 100 Fl. | 8 T. | 4½ | 172,50 bz |
| do. do. | 2 M. | 4½ | 171,15 bz |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1876 | 1877 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht. | 1 | ½ | 4 | 14,75 bz |
| Berg.-Märkische. | 3¾ | 3½ | 4 | 77,90 bz |
| Berlin-Anhalt | 8 | 5¾ | 4 | 91,25 bzG |
| Berlin-Dresden | 0 | 0 | 4 | 10,25 bz |
| Berlin-Görlitz | 0 | 0 | 4 | 13,00 bzG |
| Berlin-Hamburg. | 11 | 11½ | 4 | 198,25 bzG |
| Berl.-Potsd.-Magdb | 3½ | 3½ | 4 | 81,00 bzG |
| Berlin-Stettin | 5⁹/₁₀ | 7¹/₁₀ | 4 | 114,00 bzG |
| Böhm. Westbahn. | 5 | 5 | 5 | 70,00 B |
| Breslau-Freib. | 5 | 2½ | 4 | 63,10 bzG |
| Cöln-Minden | 6⅙ | 5¹/₂₀ | 4 | 104,60 bzG |
| Dux-Bodenbach. B. | 0 | 0 | 4 | 15,25 G |
| Gal. Carl-Ludw.-B. | 7 | 9 | 4 | 99,75 B |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 4 | 12,00 bz |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 4 | 11,60 etbzG |
| Kaschau-Oderberg | 4 | 4 | 5 | 44,60 G |
| Kronpr. Rudolfb. | 5 | 5 | 5 | 59,50 bzG |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9 | 4 | 181,20 bz |
| Märk.-Posener | 0 | 0 | 4 | 17,75 bz |
| Magdeb.-Halberst. | 8 | 8 | 4 | 128,25 bz |
| Mainz-Ludwigsh. | 5 | 5 | 5 | 79,50 bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 96,25 G |
| Oberschl. A. C. D. E. | 9⅓ | 8½ | 3½ | 127,80 bzG |
| do. B. | 9⅓ | 8½ | 3½ | 121,00 etbzG |
| Oesterr.-Fr. St.-E. | 6⅘ | 6 | 4 | 438,50-35,00 |
| Oest. Nordwestb. | 5 | 4,15 | 5 | — — |
| Oest. Südb. (Lomb.) | 0 | 0 | 4 | 116-114 |
| Ostpreuss. Südb. | 0 | 0 | 4 | 39,80 bz |
| Rechte-O.-U.-B. | 6⅘ | 6⅛ | 4 | 185,50 etbzG |
| Reichenberg-Pard. | 4½ | 4 | 4½ | 35,00 B |
| Rheinische | 7½ | 7 | 4 | 108,00 bzG |
| do. Lit. B. (4% gar.) | 4 | 4 | 4 | 93,20 bz |
| Rhein-Nahe-Bahn. | 0 | 0 | 4 | 6,80 bz |
| Rumän. Eisenbahn | 1 | 2 | 4 | 31,80 bzB |
| Schweiz Westbahn | ⅘ | 0 | 4 | 12,40 bz |
| Stargard-Posener | 4½ | 4½ | 4½ | 100,60 bzG |
| Thüringer Lit. A. | 9¼ | 7½ | 4 | 116,75 bzG |
| Warschau-Wien. | 8⅘ | 5 | 4 | 169,00 G |

### Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Dresden | 0 | 0 | 5 | 23,40 bzB |
| Berlin-Görlitzer | 0 | 0 | 5 | 31,00 bzG |
| Breslau-Warschau | 0 | 0 | 5 | — — |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 5 | 40,00 B |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 5 | 26,00 bzG |
| Kohlfurt-Falkenb. | 0 | 0 | 5 | 20,25 bz |
| Märkisch-Posener | 2¾ | 4²/₄ | 5 | 85,50 bzG |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 77,20 bzG |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 105,50 bzG |
| Ostpr. Südbahn. | 5 | 5 | 5 | 91,00 etbzG |
| Rechte-O.-U.-B. | 6⅗ | 6½ | 5 | 111,50 bz |
| Rumänier | 8 | 8 | 8 | 84,75 bz |
| Saal-Bahn | 0 | 0 | 5 | 16,75 bzG |
| Weimar-Gera | 0 | 0 | 5 | 14,50 bz |

### Bank-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Alg. Deut. Hand.-G | 0 | 2 | 4 | 30,00 G |
| AngloDeutscheBk. | 0 | 0 | 4 | — — |
| Berl. Kassen-Ver. | 10⁷/₁₂ | 8⁴/₁₅ | 4 | 146,50 B |
| Berl. Handels-Ges. | 0 | 0 | 4 | 62,50 bz |
| Brl. Prd.-u. Hdls.-B. | 6⅓ | 6 | 4 | 67,25 bzG |
| Braunschw. Bank. | 5 | 3 | 4 | 84,10 B |
| Bresl. Disc.-Bank. | 4 | 3 | 4 | 66,25 G |
| Bresl. Wechslerb. | 5⅔ | 5⅓ | 4 | — — |
| Coburg. Cred.-Bnk. | 4½ | 5 | 4 | 76,60 bzB |
| Danziger Priv.-Bk. | 7 | 6 | 4 | 107,00 G |
| Darmst. Creditbk. | 6 | 6¾ | 4 | 115,10 bzG |
| Darmst. Zettelbk. | 5⅙ | 5¾ | 4 | 100,40 G |
| Deutsche Bank | 5 | 6 | 4 | 104,00 bzG |
| do. Reichsbank | 6⅓ | 6,29 | 4½ | 154,00 bzG |
| do. Hyp.-B. Berlin | 8 | 7⅓ | 4 | 87,75 G |
| Disc.-Comm.-Anth. | 4 | 5 | 4 | 128,00 bzG |
| do. ult. | 4 | 5 | 4 | 129,00-7,75 |
| Genossensch.-Bnk. | 5⅓ | 5⅓ | 4 | 91,25 G |
| do. junge | 5⅓ | 5⅓ | 4 | 94,80 G |
| Goth. Grundcredb. | 8 | 8 | 4 | 102,75 bzG |
| Hamb. Vereins-B. | 10 | 10⁵/₉ | 4 | — — |
| Hannov. Bank | 5¹⁴/₂₅ | 6 | 4 | 102,60 bz |
| Königsb. Ver.-Bnk. | 5⅓ | 6 | 4 | 84,60 B |
| Ldw.-B. Kwilecki. | 5⅓ | 0 | 4 | 52 G |
| Leipz. Cred.-Anst. | 6 | 5⅓ | 4 | 110,80 bzG |
| Luxemburg. Bank | 8 | 6¾ | 4 | 106,00 bzG |
| Magdeburger do. | 8 | 5⁹/₁₀ | 4 | 107,50 G |
| Meininger do. | 2 | 2 | 4 | 79,20 G |
| Nordd. Bank | 8 | 8¾ | 4 | — — |
| Nordd. Grundcr.-B. | 6 | 5 | 4 | 65,00 B |
| Oberlausitzer Bk. | 1⅔ | 3 | 4 | 61,50 G |
| Oest. Cred.-Actien | 11⅙ | 8⅛ | 4 | 388½-85 |
| Posener Prov.-Bank | 6⅓ | 6⅓ | 4 | 99,75 B |
| Pr. Bod.-Cr.-Act.-B. | 8 | 8 | 4 | 94,10 bz |
| Pr. Cent.-Bod.-Crd. | 9⅓ | 9½ | 4 | 119,50 G |
| Sächs. Bank | 8 | 5¾ | 4 | 103,60 G |
| Schl. Bank-Verein | 5 | 5 | 4 | 87,50 bzB |
| Weimar. Bank | 6 | 0 | 4 | 35,75 bzG |
| Wiener Unionsbk. | 11²/₂₄ | 3¾ | 5 | 110,00 B |

In Liquidation.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berliner Bank | — | — | fr. | 4,00 G |
| Berl. Bankverein | — | — | fr. | 27 G |
| Berl. Wechsler-B. | — | — | fr. | — — |
| Centralb. f. Genos. | — | — | fr. | 11,00 G |
| Deutsche Unionsb. | — | — | fr. | 19,00 G |
| Gwb. Schuster u. C. | 0 | — | fr. | — — |
| Moldauer Lds.-Bk. | 0 | — | fr. | 10 G |
| Ostdeutsche Bank | — | — | fr. | — — |
| Pr. Credit-Anstalt | — | — | fr. | — — |
| Sächs. Cred.-Bank | 5⅓ | — | fr. | 105,50 G |
| Schl. Vereinsbank | 0 | — | fr. | 62,00 G |
| Thüringer Bank. | 0 | 0 | fr. | 75 bz |

### Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Eisenb.-Bd-A. | 0 | — | fr. | 550 bzG |
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | 0 | 4 | 5,75 B |
| do. Reichs-u. Co.-E. | 6 | 0 | 4 | 71,00 bz |
| Märk. Sch. Masch. G | 0 | 6 | 4 | 22,00 bzG |
| Nordd. Gummifab. | 5 | 4 | 4 | 49,50 G |
| Westend. Com.-G. | 0 | — | fr. | 0,25 G |
| Pr. Hyp.-Vers.-Act. | 12⅔ | 8 | 4 | 81,00 bzB |
| Schles. Feuervers. | 18 | 28 | 4 | 959 bz |
| Donnersmarkhütt. | 8 | 3 | 4 | 26,30 bzG |
| Dortm. Union | 0 | — | 4 | 7,70 bzG |
| do. abgest. | 0 | — | 4 | 12,10 G |
| Königs- u. Laurah. | 2 | 2 | 4 | 70,25 bz |
| Lauchhammer. | 0 | 0 | 4 | 24,00 bz |
| Marienhütte | 6 | 5 | 4 | 51,00 bz |
| OSchl. Eisenwerke | 0 | — | 4 | — — |
| Cons. Redenhütte | 0 | — | 4 | 14,50 bz |
| Schl. Kohlenwerke | 5 | — | 4 | 15,50 etbzB |
| Schl. Zinkh.-Actien | 7 | 6½ | 4 | 86,50 B |
| do. St.-Pr.-Act. | 7 | 6½ | 4½ | 95,50 bz |
| Tarnowitz. Bergb. | 8 | 0 | 4 | 43,00 B |
| Vorwärtshütte | 0 | 0 | 4 | 3,75 G |
| Baltischer Lloyd | — | — | fr. | 5 G |
| Bresl. Bierbrauer. | 6 | 8 | 4 | — |
| Bresl. E.-Wagenb. | 2⅔ | 1 | 4 | 53,75 B |
| do. ver. Oelfabr. | 3⅓ | 5 | 4 | 51,50 B |
| Erdm. Spinnerei | 0 | 0 | 4 | 9 B |
| Görlitz. Eisenb.-B. | 10⅓ | — | 4 | 69,25 G |
| Hofm's Wag. Fabr. | 9 | 0 | 4 | 16,50 B |
| O.-Schl. Eisenb.-B. | 0 | 0 | 4 | 32,25 G |
| Schl. Leinenind. | 5⅓ | — | 4 | 67,00 G |
| do. Porzellan | 9 | 11½ | 4 | 35,00 B |
| Wilhelmsh. MA. | 9 | — | 4 | 24,00 B |

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

**Berlin**, 14. Octbr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist prachtvoll, die Luft herbstlich kühl. Unser Getreidemarkt zeigt eine sehr feste Haltung, wofür das Motiv hauptsächlich wohl darin zu suchen ist, daß man sich in Baisse-Engagements hier etwas weit vorgewagt und nun um Deckungskäufe sich bemüht, denen entsprechendes Angebot nicht begegnete. — Roggen hat derartigen Käufern namhafte Preisbesserung zu danken, zu den gesteigerten Coursen gab es später aber doch mehr Abgeber für Termine, so daß der Markt ruhiger schloß. Waare wird in kleinen Partien etwas mehr umgesetzt als seither. — Roggenmehl höher. — Für Weizen fehlte es an Verkäufern, mäßiger Begehr hat daher genügt, um die Preise neuerdings bemerkbar zu steigern. — Hafer loco fest, Termine etwas höher, Verkäufer halten zurück. — Rüböl im Allgemeinen matt und wenig belebt, nur Frühjahr blieb im Werthe behauptet. — Petroleum still. — Spiritus fest und besser bezahlt. Man ist sehr vorsichtig im Verkauf, besonders knapp macht sich October.

Weizen loco 150—195 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb märk. 173 M., russ. 172 Mark ab Bahn bez., per October 172 Mark bez., per October-November 172 M. bez., per November-December 172½—173 bis 172½ M. bez., per April-Mai 181—180½—181 M. bez., per Mai-Juni 183—183½ Mark bez. Gekündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 171½ M. — Roggen loco 115 bis 135 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, neuer inländischer 128—134 Mark, hochfeiner — M., russ. 115 bis 116½ Mark ab Kahn und Boden bez., per October 115—116—115½ M. bez., per October-November 115—116—115½ Mark bez., per November-December 116—118—117 Mark bez., per December-Januar 118—119—118½ Mark bez., per April-Mai 121½—122 M. bez., per Mai-Juni 122½—123½ M. bez. Gekündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis 115½ Mark. — Gerste loco 115 bis 185 Mark nach Qualität gefordert. — Mais loco pro 1000 Kilo — Mark nach Qualität gefordert, bessarabischer — M., rumänischer — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 105 bis 155 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreuß. 118 bis 132 Mark bez., russ. 113 bis 128 Mark bez., pommerscher 126—132 M. bez., schlesischer 120 bis 131 M. bez., böhmischer 118 bis 132 Mark ab Bahn bez., per October 130 bis 130½ M. bez., per Octbr.-Novbr. 125 M. bez., per November-December 123½ Mark bez., per April-Mai 124 Mark bez. Gekündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 130½ Mark. — Erbsen: Kochwaare 150 bis 195 M., Futterwaare 135 bis 147 Mark. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,50—24,50 Mark, Nr. 0 und 1: 24,50 bis 23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,50 bis 17,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,50 bis 15,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per October 17,10 Mark bez., per October-November 17 Mark bez., per November-December 17,05 Mark bez., per December-Januar 17,10 M. bez., per Januar-Febr. 17,15 M. bez., per Febr.-März 17,20 M. bez., per April-Mai 17,25 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Oelsaaten: Winter-Raps loco 238 bis 255 M., Winter-Rübsen loco 230 bis 245 Mark bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — Mark bez., ohne Faß 61 M. bez., per October 61,3 bis 60,8 Mark bez., per October-November 59,5—59,6 Mark bez., per November-December 59 Mark bez., per December-Januar 59,2 Mark bez., per April-Mai 59,5—59,7—59,6 M. bez., per Mai-Juni — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 65 M. pr. 100 Kilo Netto incl. Faß bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 21,8 M. bez., per October 21 Mark Gd., per October-November 21 M. bez., per November-December 21,5 M. Br., per December-Januar 22 Mark Br., per April-Mai — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,6 Mark bez., per October 53—53,3 Mark bez., per October-November 50,7—51 M. bez., per November-December 50—50,2 Mark bez., per April-Mai 51,9—52,2 Mark bez., per Mai-Juni 52,2—52,4 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

**Breslau**, 15. Octbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte blieb die Stimmung für Getreide fest, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

**Weizen**, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,80 bis 16,20—17,60 Mark, neuer gelber 13,40 bis 16,00 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

**Roggen** bei schwächerem Angebot höher, pr. 100 Kilogr. 11,60 bis 12,50—13,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

**Gerste**, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

**Hafer** gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. neuer 10,30 bis 10,80 — 11,30 bis 12,30 Mark.

**Mais** in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,40—13,20 Mark.

**Erbsen** ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16,00 Mark.

**Bohnen** schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. 17,00—18,00—19,00 Mark.

**Lupinen** ohne Frage, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00 — 8,20 bis 8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

**Wicken** ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

**Oelsaaten** preishaltend.

**Schlaglein** schwache Kauflust.

| Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf. | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinsaat | 26 | — | 23 | 50 | 21 | — |
| Winterraps | 25 | 25 | 22 | 25 | 19 | 25 |
| Winterrübsen | 24 | 75 | 22 | 25 | 19 | 25 |
| Sommerrübsen | 25 | — | 21 | — | 18 | 50 |
| Leindotter | 22 | 50 | 21 | — | 18 | — |

**Rapskuchen** matter, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark.

**Leinkuchen** ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Mark.

**Kleesamen** in ruhiger Stimmung, rother schwache Kauflust, pr. 50 Kilogr. 40—42—46 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 44—57—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

**Thymothee** nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

**Mehl** ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—28,50 Mark, Roggen fein 19,25—20,25 Mark, Hausbacken 18,50—19,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark, Weizenkleie 7,20—8,00 Mark.

**Heu** 2,80—3,10 Mark pr. 50 Kilogr.

**Roggenstroh** 19,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| October 14., 15. | Nachm. 2 U. | Abds. 10 Uhr. | Morgens 6 Uhr. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | + 11°,0 | + 6°,5 | + 6°,7 |
| Luftdruck bei 0° | 335''',56 | 335''',05 | 333''',99 |
| Dunstdruck | 2''',61 | 2''',82 | 3''',36 |
| Dunstsättigung | 51 pCt. | 79 pCt. | 93 pCt. |
| Wind | NO. 1. | O. 1. | NO. 2. |
| Wetter | bezogen. | z. heiter. | Regen. |

Breslau, 15. Oct. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 34 Cm. U.-P. — M. — Cm.

### Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Agram**, 14. Oct. Landtag. Der Banus Mazuranic spricht sich gegen das in die Adresse aufgenommene Zukunftsprogramm betreffs des Anschlusses Bosniens an Croatien aus. Der Sectionschef Zivkovic spricht wirkungsvoll gegen die dalmatinischen Forderungen auf Fiume und Bosnien. Die Adresse wird in der Generaldebatte mit allen gegen 7 Stimmen angenommen.

**Triest**, 14. Oct. Der Lloyddampfer „Aurora" ist mit der ostindischen Ueberlandpost heute Morgen 6 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

**London**, 14. Octbr. Ein Theil der indischen Truppen auf Cypern hat Ordre erhalten, sofort nach Indien zu gehen. — Der beabsichtigte Strike der Kohlenarbeiter von Berwick ist nicht zum Ausbruch gekommen, da die Arbeiter sich bereit erklärten, in eine Lohnreduction von 7½% zu willigen. Die Grubenbesitzer hatten eine Reduction von 15% proponirt.

**Manchester**, 14. Octbr. Das Fallissement der Firma Heugh Balfour und Co. mit ihren großen Filialen in China und Indien hat hier große Bestürzung hervorgerufen. Die Verpflichtungen der Firma werden auf 2 Mill. Pfd. Sterl. geschätzt. Die Zahlungsunfähigkeit soll durch Schwierigkeiten entstanden sein, welche Londoner Häuser beim Discontiren der Papiere der Firma machten. Die Firma wurde 1845 begründet und stand anfangs speciell mit Aleppo in Verbindung erst nach dem Jahre 1848 begannen die Geschäfte mit Indien und in den 60er Jahren mit China. Die großen Verluste sollen durch Uebernahme von Schiffsladungen, bestehend aus Manchesterwaaren, nach Indien und China entstanden sein. Die Manchester Bank ist von dem Fallissement nicht in Mitleidenschaft gezogen; fast ausschließlich sind Londoner Firmen betroffen. Es heißt, die Liquidation werde sich günstig gestalten.

**Konstantinopel**, 13. Oct. Die Stellung Safvet Paschas soll, wie heute gerüchtweise in diplomatischen Kreisen verlautet, stark erschüttert sein. Als Grund wird angegeben, daß der Großvezier, entgegen dem Willen des Sultans ziemlich energisch für den Abschluß einer Convention mit Oesterreich eingetreten sei und — unter gewissen Einschränkungen — auch für die Annahme der von England für Kleinasien vorgeschlagenen Reformen gestimmt habe. Als Nachfolger im Großvezierat wird allseitig Mahmud Nedim Pascha genannt.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Frankfurt a. M.**, 14. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 475. Pariser Wechsel 80, 90. Wiener Wechsel 172, 15. Böhmische Westbahn 139¾. Elisabethbahn 137½. Galizier 195. Franzosen*) 217. Lombarden*) 56¼. Nordwestbahn 95. Silberrente 53⅞. Papierrente 52⁵/₁₆. Goldrente 61¼. Ungar. Goldrente 71⁹/₁₆. Italiener —. Russ. Bodencredit 72½. Russen 1872 79¼. Neue russische Anleihe 78⅝. Amerikaner 1885 99⅝. 1860er Loose 105⅛. 1864er Loose 254, 00. Creditactien*) 191½. Oesterr. Nationalbank 677, 00. Darmst. Bank 115. Meininger Bank 79. Hessische Ludwigsbahn 71⅛. Ungarische Staatsloose 147, 50. do. Schatzanweisungen, alte 102⅜. do. Schatzanweisungen neue 95⅝. do. Ostbahn-Obligationen 63⅞. Central-Pacific 103¼. Reichsbank 154. Deutsche Reichsanleihe 95⁹/₁₆. Ungar. Nordostbahn-Gold-Prioritäten —. Schwedische Pfandbriefe —. Privat-Discont — Procent. — Fest.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 191¾, Franzosen 217¼, Lombarden —, —, Galizier —, —, 1860er Loose —, —, ungarische Goldrente —, Russen de 1877 —, österr. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

**Hamburg**, 14. October, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116½, Silberrente 53⅝, Goldrente 61⅛, Credit-Actien 192, 1860er Loose 105½, Franzosen 543, Lombarden 143, Italien. Rente 72¼, Neueste Russen 78¾, Vereinsb. 122½, Laurahütte 70, Commerzbank 102, Norddeutsche 138, Anglo-deutsche 33, Internationale Bank 83, Amerik. de 1885 97, Köln-Minden. St.-A. 104, Rhein. Eisenb. do. 108, Berg.-Märk. do. 77½. Disconto 3¾ pCt. — Schluß fest.

**Hamburg**, 14. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine besser. Roggen loco fest, auf Termine fester. Weizen per October-November 174 Br., 173 Gd., per April-Mai 180 Br., 179 Gd. Roggen per October-Novbr. 114 Br., 113 Gd., per April-Mai 120 Br., 119 Gd. Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 62, pr. October 61, pr. Mai 61½. Spiritus fest, per October 45 Br., pr. Octbr.-November 42¾ Br., pr. Dec.-Januar 41¾ Br., pr. April-Mai 41¾ Br. Kaffee behauptet, Umsatz 3000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 9, 40 Br., 9, 30 Gd., pr. October 9, 35 Gd., pr. November-December 9, 45 Gd. — Wetter: Schön.

**Liverpool**, 14. Octbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 4000 Ballen, davon 3000 B. amerikanische, 1000 B. Maceio.

**Liverpool**, 14. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig, Futures ¹/₃₂ D. billiger.

**Pest**, 14 Octbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine geschäftslos, per Herbst 8, 67½ Gd., 8, 70 Br. Hafer per Herbst 5, 60 Gd., 5, 65 Br. Mais (Banat) per Mai-Juni 5, 02 Gd., 5, 05 Br. — Wetter: Trübe.

**Paris**, 14 Octbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per October 26, 75, per November-December 26, 75, per Novbr.-Februar 26, 75, per Januar-April 27, 00. Mehl ruhig, per October 63, 50, pr. November-December 61, 75, pr. November-Februar 61, 50, pr. Januar-April 61, 00. Rüböl ruhig, per October 87, 75, per Novbr. 88, 00, per December 88, 00, per Januar-April 87, 00. Spiritus fest, per October 60, 50, per Novbr.-December —, per Januar-April 61, 00. — Wetter: Schön.

**Paris**, 14. Oct., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Octbr. pr. 100 Klgr. 52, 00, Nr. 5 7/8 pr. Octbr. per 100 Kilogr. 59, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Octbr. 60, 50, per November 60, 75, pr. Jan.-April 62, 00.

**London**, 14. Octbr. Havannazucker 23¼.

**Antwerpen**, 14. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste unverändert.

**Antwerpen**, 14. Octbr., Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¼ bez. u. Br., per Novbr. 23¼ Br., per December 24 Br., per Januar-Februar 24¼ Br. Ruhig.

**Bremen**, 14. Octbr., Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 30, per Novbr. 9, 35, pr. December 9, 55, pr. Jan.-März 9, 75.

## Sprechsaal.

**Zu der Beantwortung der Fragebogen Seitens der Textil-Industriellen** erhalten wir aus der Provinz folgendes Schreiben vom 13. d.:

„Ihr heutiges Hauptblatt enthält eine Mittheilung der „Frankfurter Zeitung" des Inhalts, die ungenügende Beantwortung der Fragebogen Seitens der Textil-Industriellen rühre daher, daß letztere angeblich die Ueberzeugung gewonnen hätten, es werde die Ausfüllung der Fragebogen sehr wenig zur Unterstützung des Verlangens nach Schutzzöllen beitragen. Dies ist an sich und dem Wortlaut nach nicht ganz unrichtig; wenn aber die Ihrerseits daran geknüpfte Bemerkung anzudeuten scheint, es müsse das Schweigen vieler Fabrikanten den Verdacht erregen, sie wollten die Lage der Industrie jetzt verheimlichen, weil sie fürchteten, daß die Enquete die Schutzbedürftigkeit der Textilindustrie verneinen könnte, so muß dieser Deutung entschieden widersprochen werden.

Zunächst hat ein Theil der Befragten seine Berichte nicht an die Handelskammern, sondern direct an die Enquête-Commission geschickt und die Zahl derselben dürfte wohl noch nicht bekannt sein, auch hat weiter ein kleiner Theil sich durch die, wenn auch ungegründete Befürchtung zurückhalten lassen, es könnten die bezüglichen Antworten gelegentlich als Material für Steuer-Einschätzungen benützt werden.

Der bei Weitem größte Theil der Webefabrikanten aber hat lediglich deshalb, theils unvollständig, theils gar nicht geantwortet, weil der Fragebogen zu viel Punkte enthielt, darunter auch anscheinend recht unwesentliche, und dem einzelnen Industriellen eine ganz enorme, für die gestellte Frist meist ganz unmögliche statistische Arbeitslast aufbürdete, ohne daß häufig die Möglichkeit richtiger Beantwortung vorhanden war.

Es ist beispielsweise den Fabrikanten aufgegeben worden, zu ermitteln und zwar durch 12 Jahre hindurch, welches Quantum von Gespinnsten, in welchen Nummern und welchen Ursprungs verarbeitet worden, während der hierbei unzweifelhaft wesentlichste letzte Punkt den meisten Fabrikanten bei rohen und gebleichten Gespinnsten häufig, bei gefärbten fast immer ganz unbekannt ist, eine erschöpfende und dadurch allein richtige Antwort also gar nicht möglich war.

Hätte man sich mit wenigen Punkten, wie
1) Größe des jährlichen Umsatzes, a. nach dem Inlande,
b. nach dem Auslande,
2) Menge der jährlich bezahlten Arbeitslöhne,
3) Größe der Lagerbestände,
4) procentische Werthverminderung oder Erhöhung der Fabrikate und des Rohmaterials,
5) durchschnittlicher Verdienst des Arbeiters pro Tag
begnügt, so wäre ganz gewiß die Beantwortung der Fragebogen eine viel vollständigere und allgemeinere gewesen.




Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.